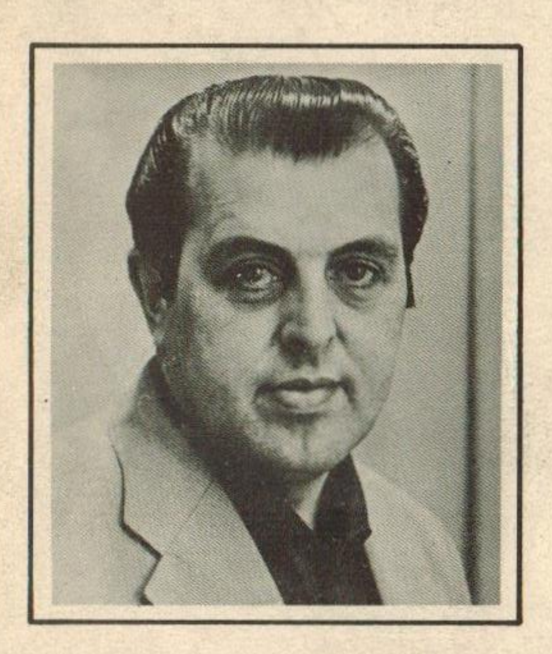
Dokumentation



Genosse GÜNTER ROUTHIER ist tot, die Polizei hat ihn erschlagen!

KPD/ML ROTE GARDE

HERAUSGEBER:

KOMMUNISTISCHE PARTEI
DEUTSCHLANDS/
MARXISTEN-LENINISTEN

IMPRESSUM
Karin Wagner
Dortmund
Unverhoftstr. 3

„Es fiel keine Träne der Trauer,
Als wir Dich senkten hinab;
Wir standen geballt uns're Fäuste
Als Deine Rächer am Grab."

Wir trauern um den Genossen

GÜNTER ROUTHIER

gefallen im Kampf für die Interessen des Volkes. Er wurde von der Polizei erschlagen, weil er ein Vorkämpfer der Arbeiterklasse war. Er wird – wie alle im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse Gefallenen – für immer im Herzen aller revolutionären Arbeiter sein. Seine Mörder werden der Rache des Volkes nicht entgehen. Der Schwur von Tausenden an seinem Grab, im Kampf für die sozialistische Revolution, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats selbst den Tod nicht zu scheuen, wie Genosse Günter Routhier ihn nicht gescheut hat, wird Millionen erfassen. Sie werden Günters Vermächtnis erfüllen.

Zentralkomitee der KPD/ML

Dortmund, den 19. Juni 1974

Trauerrede am Grab

gehalten

von Ernst Aust,

Vorsitzender der KPD/ML

Liebe Angehörige, Freunde, Kollegen unseres Genossen Günter Routhier.

Wir stehen heute am Grab, am Sarg des ersten vom Klassengegner, von der Polizei ermordeten Genossen unserer jungen Partei. In unserem Herzen ist Trauer. Trauer der Ehefrau um den Kameraden, mit dem sie 24 lange Jahre Freud und Leid teilte. Trauer des Sohnes um den Vater. Trauer um den Kollegen. Trauer um den von uns gegangenen Genossen und Kämpfer für eine bessere, eine gerechtere Welt. In unseren Herzen aber ist auch Haß. Glühender, unversöhnlicher Haß gegen jene, die da oben in ihren Konzernbüros und Banken, im Parlament und Regierung sitzen. Die bereit sind, mit Terror und Mord ihre diktatorische Herrschaft über die Arbeiterklasse, über das Volk aufrechtzuerhalten.

Wer war Günter Routhier? Er wurde geboren im Jahre 1929. Es war das Jahr des Beginns der Weltwirtschaftskrise. Damals hatte eine große, weltweite Krise die gesamte kapitalistische Welt erfaßt. Hunger und Elend. 7 Millionen Arbeitslose allein in Deutschland. Als die Nacht über Deutschland hereinbricht, als das Kapital seine offene, faschistische Diktatur errichtet, ist Günter gerade vier Jahre alt. Er wächst auf in der Zeit der Naziherrschaft. Noch als Kind erlebt er den Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Doch als der Krieg sich seinem Ende nähert, als der Traum der Hitlerfaschisten vom 1 000 jährigen Reich unter den Schlägen der Roten Armee zusammenbricht, wird auch noch Günter als 15-jähriger als Flakhelfer eingezogen.

Damals wächst in ihm der Haß auf den Faschismus und Krieg. Wie Millionen mit ihm erlebt er Hunger und Not der Nachkriegsjahre. Er lernt Klempner und Installateur. Arbeitet bei den Harnisch-Werken in Duisburg, die später von Mannesmann übernommen werden. Schon damals setzt sich Günter konsequent für die Interessen seiner Kollegen ein. Er haßt Ungerechtigkeit und Schieberei. Kein Wunder, daß er den Harnisch-Bossen unbequem wird. Er erhält seine Papiere. Danach erhält er Arbeit bei einer Waschmaschinenfabrik in Duisburg. Doch die Hungerjahre während und nach dem Krieg wirken sich aus. Hinzu kommen Rationalisierung und Arbeitshetze im Betrieb. Es ergeht ihm wie so vielen Arbeitern heute infolge der kapitalistischen Ausbeutung. Er wird krank. Wer aber stellt schon einen nicht mehr gesunden Arbeiter ein? Günter versucht, ein kleines Geschäft zu eröffnen. Das scheitert. Die jahrelange Behandlung, das Vollpumpen mit Medikamenten ruft eine Blutkrankheit hervor. Er wird – erst Anfang 40 – arbeitsunfähig und muß Rente beantragen.

Doch auch während seiner Krankheit bleibt Günter dem Leben und Kämpfen seiner Klasse aufs Engste verbunden. Er resigniert nicht. Er bleibt politisch interessiert und aktiv. Aufmerksam verfolgt er die wirtschaftliche und politische Entwicklung in der Bundesrepublik. Er sieht, daß die Herren von heute die gleichen sind wie die von gestern. Er erlebt, wie anläßlich der Krise von 1966/67 das Märchen vom sogenannten Wirtschaftswunder zerplatzt. Wo aber ist der Ausweg? Wo ist die Kraft, die Partei, die der Arbeiterklasse, den Werktätigen, den Ausweg zeigt?

Sein Sohn Klaus-Peter, Pit, wie ihn seine Kollegen bei Mannesmann nannten (heute ist er beim Bund), ist es, der den Anstoß gibt. Anläßlich des Streiks bei Mannesmann im Jahre 1973 erfährt er vom Wirken und Kämpfen einer neuen Partei, der KPD/ML. Er ist begeistert. Liest die Betriebszeitung, diskutiert mit den Genossen. Wird Kämpfer für die Revolution. Wird Rotgardist. "Wenn der Junge das sagt.." Günter Routhier und seine Frau beschließen, sich die Sache einmal anzusehen. Sie besuchen Versammlungen und Veranstaltungen unserer Partei. Informieren sich über ihr Programm und Ziel. Doch Günter will es genau wissen. So leicht läßt er sich nicht überzeugen. Klar, was die Partei sagt, ist richtig. Doch warum Gewalt? Wie noch viele zigtausend Arbeiter geht er von seinem Bewußtsein aus, davon, daß es doch eine Gerechtigkeit geben muß. Daß es auch bei den Herrschenden einen Funken Gerechtigkeitsgefühl geben müßte. Erst der Prozeß gegen seinen Sohn und der Prozeß am 5.6.74 beim Arbeitsgericht in Duisburg überzeugen ihn vom Gegenteil.

Am Abend des gleichen Tages, geschlagen, zerschunden, schon gekennzeichnet vom Nahen des Todes, bekennt er im Gesrpäch mit seiner Frau: Nein, es gibt keine Gerechtigkeit. Mehr noch als die körperliche Pein empört ihn die menschliche Erniedrigung. Das, was uns hier entgegentritt, ist blanker, niedriger Haß. Das ist der Geist von Auschwitz und Maidanek. Gestapo-Methoden, gerichtet auf die physische Vernichtung des Gegners, der fortschrittlichen, der kommunistischen Arbeiter. Hier kann man nicht mehr überzeugen. Hier muß man kämpfen – um das eigene Leben. Hier muß man den Klassenfeind vernichten, will man nicht selbst vernichtet werden. Er erkennt im Nahen des Todes: Der Kampf der KPD/ML, meiner Partei, ist richtig. Ist gut. Und seine Frau bittet: Wenn ihr von Günter schreibt und sprecht, dann sagt Genosse. Auf Beschluß des ZK unserer Partei wurde Genosse Routhier am 17.6. in unsere Partei aufgenommen.

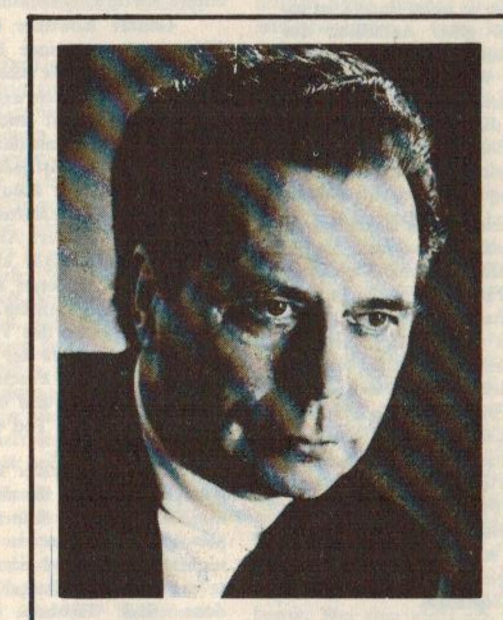
Günter Routhier ist tot. Viel zu früh wurde er seiner Familie, unserer Partei entrissen. Wir wissen, daß er heute noch leben und unter uns weilen könnte. Aber sie haben ihn erschlagen. Er starb in Folge der Mißhandlungen durch die Polizei. 'Der Tod ist jedem beschieden", sagte der Genosse Mao Tsetung, einen altchinesischen Schriftsteller zitierend. 'Es stirbt ein jeder. Aber der Tod des einen ist gewichtiger als der Tai-Berg. Der Tod des anderen hat weniger Gewicht als Schwanenflaum." Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg. Stirbt man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum.

Günter Routhier ist wie Legionen Kämpfer vor ihm für die Befreiung seiner Klasse, für die Interessen des Volkes gestorben. Er war in diesem Kampf nicht der erste und wird nicht der letzte sein. Doch während von ihren Mördern und Henkern niemand mehr spricht, werden die Namen unserer Toten wir Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Fiete Schulze, Ernst Thälmann, Philip Müller und all die anderen tausend Toten im Herzen unseres Volkes weiterleben. So wie ihre Namen wird auch Dein Name, Genosse Günter, mit

ehernen Lettern auf den Denkmälern eines befreiten, eines sozialistischen Deutschlands stehen. Zum Gedenken und Vorbild für alle, die nach uns kommen.

Günter Routhier, während wir nun die Fahnen senken, um von Dir Abschied zu nehmen, schwören wir Dir, unserem Genossen: Nie werden wir Dich vergessen. Dein Tod wird nicht ungesühnt bleiben. Er war nicht umsonst. Tausende und Abertausende neue Kämpfer werden auferstehen, um den Kampf fortzusetzen, in dem Du gefallen bist. Den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden und Freiheit, für ein glückliches Leben unseres Volkes in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Rot Front, Günter.



Genosse Ernst Aust,
Vorsitzender der KPD/ML

INHALTSVERZEICHNIS

Die bürgerliche Presse vertuscht die Warheit

Nicht allein mit Polizeiknüppeln, Festnahmen und Beschlagnahmungen des ROTEN MORGEN versuchte die Bourgeoisie, die Verbreitung der Wahrheit über den Mord an Genossen Routhier zu verhindern. Eines ihrer wichtigsten Werkzeuge, um diesen Polizeimord zu vertuschen und gegen den Kommunismus, gegen die KPD/ML zu hetzen, war die bürgerliche Presse.

Beispielhaft kann man aus der Berichterstattung der bürgerlichen Zeitungen in diesen Tagen lernen: Die Presse ist ein Apparat der Bourgeoisie, ein williges Sprachrohr von Justiz und Polizei. Wo einzelne Zeitungen anfangs noch zum Teil wahre Nachrichten verbreiteten, da sind sie in Kürze nach Rücksprache mit der Polizei gleichgeschaltet.

Es war durchaus nicht so, daß die Berichterstattung von offen reaktionären Blättern wie der "Welt" und sogenannten "liberalen" Zeitungen wie der "Süddeutschen" oder der "Frankfurter Rundschau" sich wesentlich unterschieden hätten. Bis in Kleinigkeiten der Formulierung stand überall das Gleiche geschreiben - ohne Zweifel gespeist aus einer einzigen Quelle: den Polizeiberichten. Die Lügen und die Kommunistenhetze gehen auch nicht auf das Konto einzelner, besonders reaktionärer Reporter; im Gegenteil! Von Anfang an war das Interesse der Journalisten an diesem Polizeimord groß. Immer wieder riefen verschiedene Zeitungen im zentralen Büro der KPD/ML in Dortmund an, um Einzelheiten genauer zu erfahren, um Dokumente anzufordern. Bis auf wenige Ausnahmen zweifelte kein Journalist daran, daß die Pressemitteilungen und Zeugenberichte, die den Zeitungen zugeschickt wurden, der Wahrheit entsprechen. Manche Reporter verglichen von sich aus den Polizeieinsatz im Arbeitsgericht Duisburg mit den brutalen Knüppeleinsätzen der Polizei bei Demonstrationen, erinnerten an die Straßenschlacht in Frankfurt und an den Mordversuch an Thomas Hytrek, der von einem Wasserwerfer angefahren und lebensgefährlich verletzt worden war.

Das, was dann allerdings am nächsten Tag in der Presse stand, hörte sich ganz anders an. Die Gleichschaltung war deutlich zu sehen. Dabei kann man die Taktik der Bourgeoisie genau verfolgen.

In den ersten Tagen nach Günters Einlieferung ins Krankenhaus hieß diese Taktik: Alles Verschweigen, verhindern, daß ein Wort an die Öffentlichkeit dringt. In der Praxis sah das so aus, daß den Zeitungen jede Information vorenthalten wurde. Die erste Pressemitteilung, die die Partei herausgab, als Genosse Günter im Klinikum Essen im Sterben lag, wurde ganz offensichtlich von der Polizei zurückgehalten. Sie war nach 36 Stunden noch nicht einmal im Raum Dortmund zugestellt worden. Später wurden die Pressemitteilungen der Partei den einzelnen Zeitungen deshalb meist durch Boten überbracht. Die Polizei gab am Morgen des 18. 6. Journalisten die Auskunft: "Ein Mann mit Namen Routhier ist hier nicht bekannt". Das war wenige Stunden vor Günters Tod - zu einer Zeit, als der Beschlagnahmebescheid für seine Leiche bereits

ausgestellt gewesen sein muß, wo die Kripo im Krankenhaus Essen stündlich nach seinem Zustand fragte, wo die Polizei in mehreren Städten schon eine wilde Jagd auf alle veranstaltete, die den Mordanschlag der Polizei auf Genossen Günter Routhier öffentlich anprangerten. Die "Rheinische Post" berichtete am 19. 6. über die verbotene Kundgebung an Günters Todestag - ohne seinen Namen überhaupt zu erwähnen.

Der Kampf der Partei machte diesen Versuch, den Mord von Günter Routhier totzuschweigen, zunichte. Da auch die bürgerlichen Zeitungen nicht mehr schweigen konnten, übernahmen sie die unverschämten Lügen, die die Polizei verbreitete, um sie von dem Mord reinzuwaschen, um gegen die KPD/ML zu hetzen.

Am 19. 6. wurde der Leichnam Günter Routhiers obduziert. Schon am nächsten Tag erschienen in zahlreichen Zeitungen - auch solchen, die vorher gar nicht berichtet hatten - lange Dementis der Staatsanwaltschaft Duisburg: "Äußere Gewalteinwirkung nicht feststellbar, die Polizei hat nichts damit zu tun." So schrieben sie, daß durch die Obduktion angeblich nachgewiesen ist, daß sein Tod nicht durch äußere Gewaltanwendung erfolgte. Was aber auch der raffinierteste, zur Entlastung der Polizei eingesetzte Gerichtsmediziner, nach Entfernung aller eventuell noch vorhandenen Beweisen für eine äußere Gewaltanwendung allenfalls noch "feststellen konnte" war, daß es keinen Nachweis (mehr) für eine äußere Gewaltanwendung gibt. Aber auch wenn es für eine äußere Verletzung keinen Nachweis (mehr) gibt - kann niemals nachgewiesen werden, daß die Gehirnblutung nicht durch

„Behauptungen unwahr"

Polizei weist Vorwürfe zurück

Die Polizei wehrt sich gegen die Vorwürfe der KPD/ML, den 45jährigen Genossen Günter R. „ermordet" zu haben, und spricht von einer Verleumdungskampagne. Wie die NRZ bereits berichtete, war R. bei einer Demonstration anläßlich eines Arbeitsgerichtsprozesses am 5. Juni dieses Jahres nach einer Widerstandsleistung mit weiteren sechs KPD/ML-Anhängern vorläufig festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht worden.

Er wurde sofort ärztlich untersucht, als man den Hinweis erhielt, R. sei „Bluter". Bei ihm wurden jedoch keine Verletzungen festgestellt. Am 18. 6. 1974 ist R. in einer Essener Klinik gestorben.

Bei der von der Staatsanwaltschaft angeordneten Obduktion konnten keine äußeren Verletzungen festgestellt werden. Anwesend waren bei der Leichenöffnung die Staatsanwaltschaft und ein Anwalt, der die Interessen der Familie des Verstorbenen wahrnimmt.

Nach dem Ergebnis der Obduktion schließt die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die eingesetzten Polizeibeamten aus. Die in Plakaten und Flugschriften aufgestellten Behauptungen der KPD/ML, der Tod des Genossen sei auf das Einschreiten der Polizei zurückzuführen, sind — wie die Polizei betont — unwahr. Es heißt, daß mit diesen Behauptungen ein Märtyrer geschaffen werden soll.

Artikel in der "Neuen Ruhrzeitung" vom 22. 6. 1974

äußeren Einfluß erfolgte.

Ebenso verbreiteten viele Zeitungen die Lüge, daß Genosse Routhier an einen B l u t g e r i n s e l im Gehirn gestorben sei. Die Absicht dieser Lüge ist klar; sie soll von den Schlägen und Mißhandlungen durch die Polizei, die die tödliche G e h i r n b l u t u n g auslösten, ablenken. Nur übersahen die Zeitungen, daß Günter Routhier an einer schweren Blutgerinnungsstörung litt und sich bei ihm deshalb sehr unwahrscheinlich ein Blutgerinsel im Gehirn bilden konnte. Diese faustdicken Lügen der bürgerlichen Presse sind so offenkundig, daß darauf selbst Nichtmediziner leicht kommen.

Von diesem Tag an wurde auch die unverschämte Lüge, Genosse Günter sei v o r dem Arbeitsgericht Duisburg verhaftet worden, verbreitet. Das ist eine hinterhältige Art der Verteidigung: Wenn er nicht im Gericht festgenommen wurde, sondern davor, kann kein Polizist ihn die Gerichtstreppe hinuntergeworfen haben. Trotz Gegendarstellungen der Partei wird diese Lüge hartnäckig aufrechterhalten. Auch die UZ, Zeitung der revisionistischen D"K"P verbreitet diese unverschämte Polizeilüge. Mit keinem Wort erwähnte sie den Mord an Genossen Routhier. Dieses zentrale Revisionistenblatt besaß sogar die Frechheit hinter einem scheinheiligen Bedauern über den Polizeieinsatz gegen den Trauermarsch zu behaupten, daran hätte die KPD/ML schuld, weil sie der Polizei einen geeigneten Vorwand für dieses Eingreifen gab.

Angriff auf Demonstrationsrecht

Duisburg. UZ — Das Mitglied des Kreissekretariats der DKP in Duisburg, Ernst Wardeski, sieht in dem Vorgehen der Polizei gegen die Teilnehmer eines Trauerzuges, der von einer sich kommunistisch nennenden Gruppe zur Beerdigung des Rentners Günter Routhier am Montag in Duisburg veranstaltet wurde, einen weiteren Versuch, demokratische Grundrechte und Freiheiten, insbesondere das Demonstrationsrecht, weiter einzuschränken.

Ernst Wardeski wertet die Verhaftungen und das Vorgehen der Polizei gegen die Teilnehmer des Trauerzuges als grundgesetzwidrige Angriffe. Zugleich distanziert sich Wardeski entschieden vom Treiben jener Gruppen, die sich kommunistisch nennen, in Wahrheit aber den reaktionären Kräften Vorwände für die Diskreditierung der kommunistischen Bewegung und für Angriffe auf alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte liefern.

Der Rentner Günter Routhier war am 5. Juni 1974 bei Protestaktionen vor dem Duisburger Arbeitsgericht gegen die Entlassung eines Arbeiters bei Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt worden.

Lügenartikel in dem Revisionistenblatt "Unsere Zeit" vom 26. 6. 1974

Von diesem Tag an setzt die Polizei stündlich neue Lügen und Gerüchte in die Welt, um von ihrem Mord abzulenken und die Partei zu diffamieren. In fast allen Artikeln der nächsten Wochen werden gerade diese falschen Meldungen besonders betont und hervorgehoben.

Vom 22. 6. an ist es die Behauptung Genosse Günter sei von einem Polizeiarzt im Präsidium gründlich untersucht worden, der keine Verletzungen feststellen konnte.

Seit dem 25. 6. heißt es dann sogar in den Zeitungen: "Auf der Polizeiwache habe Günter Routhier auf seine Krankheit aufmerksam gemacht und sei trotz einer negativen ärztlichen Untersuchung in ein Essener Krankenhaus eingeliefert worden". Die Polizei hat also Genossen Günter nicht etwa totgeschlagen, sondern es heißt, daß sie mit allen Mitteln versucht hat, sein Leben zu retten. Unverschämter, zynischer geht es nicht mehr, wenn man weiß, welcher Kampf von den Angehörigen und der Partei notwendig war, um Genossen Günter Routhier mit seinen lebensgefährlichen Verletzungen überhaupt behandeln zu lassen.

In mehreren Pressemitteilungen und Pressekonferenzen stellt die Partei diese Polizeilügen richtig und fordert verschiedenen Zeitungen zu Gegendarstellungen auf. Alle Zeitungen lehnen dies strikt ab. Obwohl Reporter mehrmals nachfragen, wann eine Pressekonferenz stattfindet und den Termin mitgeteilt bekommen, sind niemals mehr als 4 Zeitungen auf einer Konferenz vertreten. Einzelne wahre Meldungen, die trotz der Gleichschaltung abgedruckt werden, verschwinden sofort wieder aus den Zeitungen und tauchen nie wieder auf. So z.B.

die Meldung der WAZ, daß die Obduktion hinter verschlossenen Türen stattfand.

Sehr deutlich wird die Polizeizensur, bzw. "freiwillige Selbstkontrolle", als die Partei versucht, in allen Zeitungen der DBR und Westberlins Todesanzeigen aufzugeben. Dort, wo die Zeitungen nicht von vornherein die Anzeigen ablehnen, setzt die Polizei sofort ihren Apparat in Trap, um das Erscheinen dieser Anzeigen zu verhindern. Manche Blätter nehmen gegen 12 Uhr mittags die Anzeigen anstandslos auf und kassieren den Preis. Bei telefonischer Rückfrage zwei Stunden später weigern sie sich, die Anzeige zu veröffentlichen. In den meisten Anzeigenbüros hören die Genossen Ausflüchte, warum gerade diese Todesanzeige nicht abgedruckt werden könne: "Das ist keine Todesanzeige, sondern Politik." Oder: "Wir nehmen nur seriöse Anzeigen auf." Der Anzeigenleiter der WAZ in der Dortmunder Filiale gibt unverfroren zu, daß er nach Rücksprache mit der Polizei den Abdruck abgelehnt hat. So gelingt es nur in einzelnen Provinzblättern, Todesanzeigen für den ermordeten Genossen Routhier aufzugeben.

Der Höhepunkt des Zusammenspiels zwischen Polizei und bürgerlicher Presse, im Dienst ihres gemeinsamen Herrn, der Bourgeoisie, waren die ungeheuren Vorgänge beim Trauermarsch. Nur mit Rückendeckung der verbreiteten faschistischen Berichterstattung der bürgerlichen Presse konnte die Polizei diesen brutalen hinterlistigen Überfall auf den Trauermarsch und die KPD/ML wagen.

Bereits am morgen des 24. 6., dem Tag der Beerdigung, warnen sämtliche Duisburger Zeitungen die Bevölkerung: "Die Polizei erwartet einen heißen Montag!" Bedenkt man, daß diese Zeitungen bereits 24 Stunden früher geschrieben wurden, wird klar: Die Bourgeoisie hat diesen Knüppelüberfall auf einen Trauerzug von langer Hand vorbereitet.

Ihr geplantes Bürgerkriegsmanöver hört sich in der gleichgeschalteten bürgerlichen Presse so an: "Die Polizei erwartet heute weitere Aktionen während der Beerdigung Günter Routhiers" (Neue Ruhrzeitung) und: "Die Beerdigung von Günter Routhier wird durch ein großes Polizeiaufgebot gesichert." (Rheinische Post). Die Bevölkerung soll glauben: Jetzt muß die Polizei sogar schon eine Beerdigung vor dem Terror der Kommunisten schützen.

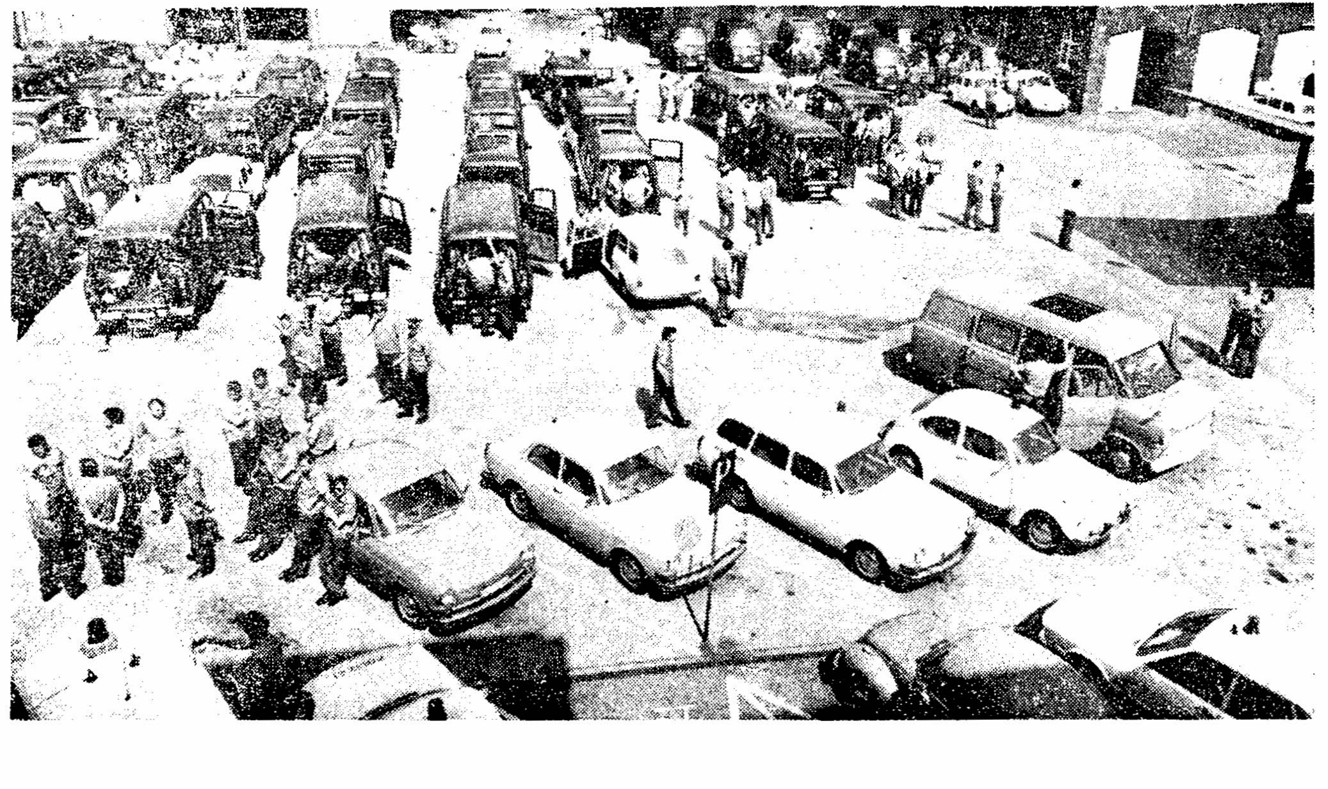
Radikale demonstrieren:

Duisburger Polizei erwartet ‚heißen Montag'

Die Duisburger Polizei erwartet heute harte Auseinandersetzungen mit Linksradikalen. Sie wollen die Beerdigung des Rentners Günter Routhier zum Anlaß nehmen, um zu demonstrieren. Wie berichtet, behaupten linksradikale Gruppen, Routhier sei an den Folgen einer polizeilichen Gewaltanwendung gestorben. Bereits am Wochenende kam es an mehreren Stellen der Innenstadt zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Linksradikalen, die Flugblätter verteilten und zur Teilnahme an der morgigen Demonstration aufriefen. Mehrere Personen wurden vorübergehend festgenommen.

"Westdeutsche Allgemeine" vom 24. 6. 74

Am 25. und 26. Juni, in der Berichterstattung über den Tag des Begräbnisses, erreicht die Hetze dann ihren Höhepunkt. Dabei fällt auf: Je weiter die einzelnen Zeitungen von Duisburg, dem Ort des Polizeiterrors, entfernt sind, desto toller sind die Lügen. Die Duisburger Bevölkerung hat schließlich selbst miterlebt, mit welch brutalem Terror die bewaffneten Schlägerbanden der Polizei vorgingen.



Auf dem Hof der Polizeiunterkunft in Neudorf fand das „große Warten" auf den Einsatz statt. Die Polizeikräfte waren aus dem gesamten Ruhrgebiet zusammengezogen worden. WAZ-Bild. Anhöc

So ist die Hetze hier vorsichtiger, geschickter zurechtgemacht. Unter einem Bild der "Neuen Ruhrzeitung" etwa, das einen Polizisten mit beschlagnahmten Fahnenstangen zeigt, heißt es: "Fahnenstangen oder Schlagwaffen? Die Polizei nahm den Demonstranten eine Menge Holzstangen ab." Hingegen läßt der "Berliner Tagesspiegel" keinen Zweifel: "Zahlreiche Hieb- und Stichwaffen wurden beschlagnahmt." In den "Westfälischen Nachrichten" heißt es verfälschend: "Während dieser Beisetzung forderten die Demonstranten in Flugblättern, Zeitungen und Plakaten den Tod eines Polizisten als Vergeltung."

In den nächsten Tagen kommt es noch verlogener: Nicht nur Schlagstöcke und "zugespitzte Schraubenzieher" werden zitiert, sondern übereinstimmend ein öminöses Schlachtermesser oder gar "Schußwaffen". Natürlich verschweigt die bürgerliche Presse, daß die Bullen trotz öffentlicher Aufforderung durch die KPD/ML nie den Namen des "Demonstranten mit dem Schlachtermesser" nennen konnten.

Hundertprozentig erfüllt die bürgerliche Presse ihre Aufgabe, das Verbot eines Trauermarsches und das faschistische Vorgehen der bewaffneten Schlägerbanden in Uniform gegen den Trauermarsch - selbst in faschistischen Ländern schreckt die Bourgeoisie vor diesem unverhüllten Terror oft zurück - zu rechtfertigen. Die Stoßrichtung ist überall gleich: Die KPD/ML ist angeblich schwer bewaffnet zu einer Straßenschlacht angetreten, um Rache zu üben an der Polizei, der sie völlig unsinnigerweise vorwirft, Günter Routhier ermordet zu haben. Zum Schutz der Bevölkerung und der Beisetzung mußte

Schlägereien und Festnahmen bei verbotenem Trauermarsch

Mehrere Hundertschaften Polizei aus ganz NRW eingesetzt

Redaktion Duisburg

Duisburg — Mit 46 Festnahmen sowie der Sicherstellung von zahlreichen Schlag-, Hieb- und Stichwaffen endete gestern nachmittag ein mehrstündiger Trauermarsch der linksextremen KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten) durch Duisburg. Rund 2500 Jugendliche demonstrierten gegen den „brutalen Polizeieinsatz" vom 5. Juni, an dessen Folgen am 18. Juni das KPD/ML-Mitglied Günter Routhier angeblich gestorben war. Mittlerweile steht jedoch eindeutig fest, daß der 45jährige nicht durch äußere Gewalteinwirkung, sondern durch ein Blutgerinnsel im Gerhirn gestorben ist. Der Mann, der einen Bluterpaß besaß, war bei einer Schlägerei mit der Polizei vorläufig festgenommen worden.

Obwohl der Trauermarsch von den Ordnungsbehörden wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten worden war, bildeten die Demonstranten einzelne Gruppen und riefen den Polizeieinheiten „Mörder, Mörder" zu. Die mit Schilden, Schlagstöcken, Schutzhelmen und Wasserwerfern ausgerüsteten mehrere Hundertschaften der Polizei aus fast allen Teilen Nordrhein-Westfalens griffen häufig zum Schlagstock, um Gruppenbildungen zu verhindern. Dabei wurden 15 Beamte leicht verletzt.

An der Beerdigung des 45jährigen Invaliden Günter Routhier auf dem Duisburger Waldfriedhof nahmen über 2000 Personen teil. Die Feier selbst verlief völlig ruhig.

"Rheinische Post" vom 25. 6. 74

Schlägerei statt Trauermarsch

15 Verletzte bei Polizei-Einsatz gegen Demonstranten

WAZ DUISBURG

Rund 1500 Mitglieder und Sympathisanten der KPD/ML nahmen am Montag an der Beerdigung des in der vergangenen Woche verstorbenen Günter Routhier teil. Routhier soll nach Meinung der KPD/ML an den Folgen einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und KPD/ML nach einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg gestorben sein. Das warfen die Teilnehmer eines von der Polizei verbotenen Trauermarsches auch den außergewöhnlich starken Polizeikräften vor.

Im Duisburger Stadtteil Neudorf, wo sich die Teilnehmer versammelten, hatte die Polizei die Straßen abgesperrt. Es kam zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, bei denen 15 Beamte leicht verletzt worden sein sollen.

Immer wieder riefen die Demonstranten, die in größeren Gruppen auftraten, den Polizisten „Mörder, Mörder" entgegen. Bei den zahlreichen Fahrzeugüberprüfungen, die die Polizeikräfte, aus dem gesamten Ruhrgebiet zusammengezogen durchführten, wurden Schlagwerkzeuge in unbekannter Menge beschlagnahmt. 50 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen. Zwei Polizeihubschrauber waren im Einsatz.

Westfälische Allgemeine vom 25. 6. 74

26. Juni 1974 • BILD • Seite 3



Mit Schutzhelm und -schildern mußten sich die Polizisten vor den Kommunisten in Duisburg schützen

Krawalle in Duisburg: Die Kommunisten kamen mit Knüppeln, Rohren und Messern

gie. **Duisburg, 26. Juni**

Fest untergehakt in Fünferreihen zogen in der Nacht zum Dienstag Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) durch Duisburg und sangen die „Internationale". Wenn sie Polizisten sahen, gab es blutige Schlägereien. Die Demonstration war nicht genehmigt.

Die Polizei stellte bei den Linksradikalen das Waffenarsenal einer Bürgerkriegsarmee sicher: 300 Latten, Besenstiele, Knüppel, Eisenrohre, spitzgefeilte Schraubenzieher, Messer, Kupferkabel, Gaspistolen, Schlachtermesser. Fünf Autos wurden sichergestellt. Eins hatte eine komplette Funkausrüstung und Polizeifunkabhöranlage. Die Kommunisten hatten sich auf den Straßenkampf speziell dadurch vorbereitet, daß sie einen Sanitätswagen hatten. Bei den Zusammenstößen wurden 14 Polizisten verletzt. 96 Radikale aus allen Teilen des Bundesgebietes wurden festgenommen, aber wieder freigelassen.

Die Demonstration galt einem 45jährigen Mann namens Günter Routhier. Nach einer radikalen Kundgebung war er festgenommen worden und Tage später an einem Blutgerinnsel im Gehirn gestorben. Noch auf dem Sterbebett im Essener Klinikum ist er nach Auskunft der Polizei in die KP eingetreten.

Polizei aus ganz Nordrhein-Westfalen herangezogen werden, die die Demonstration unter Lebensgefahr für die einzelnen Polizisten auflöste - 15 Polizisten wurden dabei verletzt. "Die Kommunisten kamen mit Knüppeln, Rohren und Messern" -diese Überschrift aus der Bildzeitung könnte ebensogut über allen anderen Artikeln stehen. Alle Gegendarstellungen der Partei wurden unter verschiedenen Vorwänden abgelehnt. Die "Frankfurter Rundschau" versteckt sich z.B. scheinheilig hinter dem Vorwand: "Schließlich sind das alles keine Behauptungen unserer Zeitung, sondern Meldungen von dpa."

50 Festnahmen in Duisburg bei linksextremer Demonstration

„Trauermarsch" für Routhier mit 50 Zentimeter langem Messer

Duisburg. (dpa) Mit mehr als 50 Festnahmen sowie der Sicherstellung von zahlreichen Schlag-, Hieb- und Stichwaffen endete gestern nachmittag ein mehrstündiger Trauermarsch der linksextremen KPD/ML durch Duisburg. Rund 2000 Jugendliche demonstrierten gegen den „brutalen Polizeieinsatz" vom 5. Ju-

Siehe „Ohne Scheu"

ni, an dessen Folgen am 18. Juni das KPD/ML-Mitglied Günter Routhier (45) angeblich gestorben war.

Obwohl der Marsch verboten worden war, bildeten die jungen Leute häufig einzelne Gruppen. Die Polizeieinheiten griffen häufig zum Schlagstock, um Gruppenbildungen zu verhindern. Nach Augenzeugenberichten stellten sie neben zahlreichen Schlagstöcken und Knüppeln auch ein 50 Zentimeter langes Schlachtermesser sicher. Bei den Auseinandersetzungen wurden etwa 15 Polizeibeamte leicht verletzt.

Zahlreiche Vertreter linksextremer Organisationen hatten zur Beerdigung von Günter Routhier, der nach Angaben der Duisburger Polizei erst auf dem Sterbebett KPD/ML-Mitglied geworden war, Delegationen mit riesigen Kränzen, Blumensträußen und roten Fahnen sowie Transparenten geschickt. So kündigte ein Vertreter der KPD/ML den Ordnungsbehörden Rache an, als der Sarg unter dem Absingen der Internationale in die Gruft gesenkt wurde.

Nach Angaben der Polizei steht eindeutig fest, daß der Invalide Günter Routhier nicht durch äußere Gewalteinwirkung, sondern durch eni Blutgerinnsel im Gehirn gestorben ist. Der Mann besaß einen Bluterpaß.

Ohne Scheu

my. – Innenminister Maihofer sieht keine Gefahr von links oder rechts für die Bundesrepublik. Allerdings schließt er nicht aus, daß einige Gruppen versuchen werden, Terror auszuüben. Er kann darin wohl jene einschließen, die mit 50 Zentimeter langen Schlachtermessern auf eine Beerdigung gehen.

Wenn die Angaben der Polizei stimmen, dann entbehrt die Situation nicht einer gewissen Tragikomik: Ein Mann tritt auf dem Sterbebett noch der KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/Maoisten-Leninisten) bei und wird nach seinem Tod zu einem Märtyrer hochsfilisiert, um den die Propaganda eine Legende webt, die fern aller Wirklichkeit zu sein scheint. Neben Hammer und Sichel haben diese Leute noch ein Gewehr auf ihrer Fahne (Mao: Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen), und so stellt sich die Frage, ob Baader und Meinhof hier eine Nachfolgeorganisation gefunden haben, die weit organisierter und vermutlich auch systematischer vorgehen wird. Immerhin kamen in Duisburg 2000 fanatische Jugendliche zusammen, die offenbar mehr mit dem Schlagstock als mit der Vernunft zu argumentieren bereit waren.

Man muß mit ihnen rechnen, unstabiler die Verhältnisse we den. Für den Staat liegen damit Gefahr und Aufgabe klar zutage.

Beide Artikel aus der "Recklinghäuser Zeitung" vom 25.6.1974



Im Laufschritt rennen die Polizisten über die Hultschiner Straße auf die Demonstranten zu. Ein alter Mann wurde im „Eifer des Gefechts" zu Boden gestoßen. Passanten halfen ihm wieder auf die Beine. WAZ-Bild: Preuß

Westdeutsche Allgemeine vom 25. 6. 1974

Die Angriffe der Polizei auf jeden Flugblattverteiler der Partei, die Beschlagnahmungen des ROTEN MORGEN und diese Pressehetze gehören zusammen. Sie sind zwei Seiten eines Versuchs, die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter Routhier zu vertuschen. Diese Beispiele zeigen erneut: sowenig wie in der DBR die Polizei das "Wohl der Bevölkerung" schützt, wowenig ist die bürgerliche Presse eine "freie, unzensierte Presse". Beide haben hier am g l e i c h e n Strick gezogen.

Doch auch die Hetze der bürgerlichen Presse erreicht auf die Dauer immer weniger. Besonders die werktätige Bevölkerung von Duisburg, die die Bürgerkriegsübung der Polizei miterlebte, hat diese Lügenkampagne durchschaut. Das beweisen auch zwei Leserbriefe, die die WAZ am 29. 6. angesichts der Empörung abdrucken mußte, um die abgebröckelte Fassade von der "freien Presse" wieder ein bißchen aufzupolieren. (siehe nächste Seite)

Darüber hinausgehend erkennen immer mehr Werktätige unter dem Einfluß der Propaganda der Partei, daß die bürgerliche Presse ein Teil des Unterdrückungsappartes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse ist. Sie erkennen, daß dieser Teil des Unterdrückungsapparates wie der gesamte Staatsapparat gewaltsam zerschlagen und daß die bürgerlichen Schreiberlinge, wie alle anderen Lakaien, die der Bourgeoisie dienen, in der sozialistischen Revolution mit Gewalt davongejagt werden müssen.

Leserbriefe , abgedruckt in der WAZ vom 29. 6. 74

Pfarrer sind befremdet

„Wir sind befremdet, daß am 24.6.1974 mittags und nachmittags ein Trauerzug in Duisburg mit polizeilicher Gewalt aufgelöst wurde und sich dieses mehrfach wiederholte. Es handelt sich hierbei um den Trauerzug für den Rentner Günter Routhier, der am 18. Juni in der Uniklinik Essen gestorben ist. Nach den Angaben der KPD/ML hängt sein Tod mit den Verletzungen zusammen, die Routhier — ein Bluter — am 5. Juni im Arbeitsgericht als Zuhörer davontrug. Unabhängig von der zu klärenden Frage der Ursache des Todes von Routhier sind wir als Theologen betroffen darüber, daß die öffentliche Manifestation von Trauer drakonisch von der Polizei unterbunden wurde.

Hartmut Dreier, Pfr., Dieter Horstmann, Pfr., Klaus Matthes, Pfr. und Günter Meyer-Mintel, Vikar

Neue Sitten erlebt

„Zu den Vorfällen bei der Beisetzung Günter Routhiers. Unsere Stadt hatte am Montag die Ehre, die Einführung neuer Polizeisitten mitzuerleben. Woran will man kritische Bürger gewöhnen? Günter Rauthier ist unter Umständen ums Leben gekommen, an denen unsere Polizei offensichtlich nicht unschuldig ist. Die Annahme liegt nahe, daß den Leuten, gegen die Routhier kämpfte, das menschliche Leben nur soviel wert ist, wie sie es verwerten können, und die letzte Ehre eines Verstorbenen noch viel weniger."

Helmut Loeven, Am Bahndamm 33

Tausende demonstrierten in Köln

Kampf den reaktionären Ausländergesetzen!

„Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront! Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen! Hoch die internationale Solidarität!" hallte es immer wieder durch die Straßen Kölns, als der Demonstrationszug vom Neumarkt in Richtung Köln-Nippes marschierte. 3.000 bis 4.000 ausländische und deutsche Kollegen und Genossen hatten sich am 13. Juli in Köln versammelt, um gemeinsam eine Protestdemonstration gegen die politische Unterdrückung fortschrittlicher Ausländer und ihrer Organisationen durchzuführen.



Die Polizei versucht mit aller Gewalt die Portraits zu zerstören, um zu verhindern, daß die Bevölkerung über diese Morde erfährt und die Empörung wächst!

Unmittelbarer Anlaß der Demonstration war der Mord von türkischen Faschisten – unter ihnen Konsulatsangehörige – an dem türkischen Antifaschisten Neset Danis in Hamburg, die Verhaftungen von türkischen und spanischen Patrioten, die seit Wochen im Gefängnis gehalten und mit Abschiebung in ihre vom Faschismus beherrschten Länder bedroht werden. Anlaß war auch der verschärfte Polizeiterror der Bourgeoisie, der heimtückische Polizeimord an dem Genossen der KPD/ML, Günter Routhier.

Unsere Partei, die KPD/ML und ihre Jugendorganisation ROTE GARDE nahm an der Demonstration neben der Patriotischen Einheitsfront der Türkei, der ATÖF, der CISNU, der FRAP, der ROTEN HILFE, der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes und anderen fortschrittlichen Organisationen als eigener Block teil.

Unter den Fahnen der Partei reihten sich etwa 1.000 bis 1.500 deutsche und ausländische Genossen und Freunde ein. An der Spitze des Blocks wurden zwei große Bilder unseres ermordeten Genossen Günter und des ermordeten Genossen Neset Danis getragen.

Die Polizei, die auf beiden Seiten des Demonstrationszuges ein langgezogenes Spalier bildete, war offensichtlich besonders auf die KPD/ML scharf gemacht worden. Dreimal wurde der Block von Polizisten angegriffen, sei es, weil revolutionäre Parolen gegen Polizei und Bundeswehr gerufen wurden, um Transparente aus dem Zug zu holen oder um die beiden Bilder der ermordeten Genossen herunterzureißen. 4 Genossen, darunter ein kolumbianischer Genosse, wurden bei der entschlossenen Abwehr der Polizeiangriffe verhaftet.

Der Demonstrationszug fand großes Interesse bei der werktätigen Bevölkerung Kölns. Viele Passanten in der belebten Innenstadt blieben stehen und lasen nachdenklich die Parolen auf den Transparenten des Zuges. Insbesondere als die Demonstration durch Ausländerviertel führte, kamen viele Menschen aus den Häusern auf die Straße, um den Zug aus der Nähe verfolgen zu können.

Als auf der Abschlußkundgebung ein Genosse der Patriotischen Einheitsfront dazu aufforderte, sich noch enger zusammenzuschließen und den Kampf gemeinsam zu führen, wurde von den Versammelten mit begeistertem Beifall geantwortet.

Tribunal zum Mord an Genossen Günter

Wir klagen an!

Nach der Protestdemonstration am Samstag in Köln, auf der auch gegen die Ermordung des Genossen Günter Routhier protestiert wurde, führte die KPD/ML am Abend eine Veranstaltung gegen diesen Polizeimord durch. 600 Kollegen, Freunde und Genossen waren gekommen, um mit der Partei



ein Tribunal gegen die Mörder des Genossen Günter abzuhalten, ein Tribunal gegen dieselben, die auch die faschistischen Mörder von Neset Danis dekken: die Bourgeoisie und ihre Schergen.

Ebenfalls Klage erhoben wurde gegen den Polizeiüberfall auf den Trauerzug am Tage der Beerdigung des Genossen Günter sowie gegen die Versuche der Bourgeoisie, die KPD/ML, eine nach dem Parteiengesetz legale Partei, durch Verbot verschiedener Aktivitäten praktisch von der legalen Arbeit auszuschließen.

In einer Zusammenfassung der Anklagepunkte hob Genosse Karl hervor, daß das Vorgehen der Bourgeoisie uns nicht davon abhalten wird, den Kampf weiter bis zum Sieg zu führen, aber daß wir zum anderen der Bourgeoisie nicht ins offene Messer laufen werden. Unsere Taktik muß auch in Zukunft sein: Wo die Bourgeoisie stark, wo sie vorübergehend in der Übermacht ist, ziehen wir uns kurzfristig zurück; wo sich aber ihre Schwächen zeigen, da greifen wir an.

Abschließend ging Genosse Gernot Schubert in einer Rede ausführlich darauf ein, wie wir Kommunisten, wie die KPD/ML den Kampf gegen die Faschisierung führt. Er erklärte im einzelnen, warum die Faschisierungsmaßnahmen der Bourgeoisie mit dem verstärkten Kampf um die proletarische Revolution beantwortet werden müssen, daß einzig die proletarische Revolution die Errichtung der offenen Terrorherrschaft, der unverhüllten Diktatur der Bourgeoisie verhindern kann.

Die Veranstaltung war geprägt durch die einhellige Empörung der versammelten Kollegen, Freunde und Genossen, aber auch durch einen starken Kampfeswillen. Immer wieder wurden die Redner vom Beifall unterbrochen, wurden Parolen gerufen. Begeistert wurden auch die vielen Solidaritätsadressen und Protestresolutionen aus dem In- und Ausland begrüßt. Die Spendensammlung am Schluß der Versammlung ergab 1.100 DM für die Unterstützung der Familie Routhier.

Zu Beginn der Veranstaltung berichtete Genosse H. Brenner über den Polizeiüberfall während seines Arbeitsgerichtsprozesses, mit welch brutaler Gewalt die Polizisten gegen die Genossen vorgingen, wie Genosse Günter so folgenschwer zusammengeschlagen wurde. Die Ärztin, die im Anschluß sprach, enthüllte die Unsinnigkeit des Ergebnisses des offiziellen Obduktionsberichtes und hob noch einmal hervor, daß Genosse Günter an den Folgen äußerer Einwirkung, an den Folgen der Polizeischläge sterben mußte.

Als dann Frau Routhier einige Worte an die Versammelten richten wollte, wurde sie mit langanhaltendem Beifall begrüßt. Die Genossen brachten damit ihre tiefe Achtung vor dem Mut dieser Frau zum Ausdruck, die sich mit dem Tod ihres Mannes, unseres Genossen, erhoben hat und heute an der Seite der Partei den Kampf, für den ihr Mann gefallen ist, fortführt.

Frau Routhier berichtete über den Polizeiterror, den sie in den Tagen zwischen Günters Tod und seiner Beerdigung erleben mußte, wie sie erkannt hat, daß es mit diesen Kräften keine Diskussion geben kann. Aber sie sprach auch über den Trost und die Zuversicht, die ihr und ihrer Schwiegermutter die Rede auf der Trauerveranstaltung der Partei an Günters Todestag gegeben hat: **„Ich war damals schon fest entschlossen, daß ich irgendeinen Weg finden werde, weiterzumachen, wo er aufgehört hat."**

Empört prangerte sie den Polizeiüberfall auf den Trauerzug an, wie ihre Schwiegermutter aus Furcht um ihren Enkel zu den Mannschaftswagen lief, um ihn zu suchen, wie sie dabei versuchte, die gefangenen Genossen wieder aus dem Wagen zu ziehen. Und sie schilderte den Versammelten die feierliche Beerdigung des Genossen Günter, ihres Mannes, durch die Partei. Als sie ihre Rede beendete, **gab es keinen Genossen und Freund im Saal, der nicht bewegt einfiel in den Ruf: „Genosse Günter, unser Schwur: Proletarische Diktatur!"**



Ein ausländischer Demonstrationsteilnehmer wird festgenommen. Brutal zerren ihm die Polizisten die Beine auseinander.

Zu Beginn des Tribunals betonte Genosse Karl Klingemann, der die Anklage vortrug: „Wenn wir die Kapitalistenklasse, ihren Staatsapparat und ihre Schergen anklagen so dürfen wir uns dabei keinerlei Illusionen hingeben. Den imperialistischen Unterdrückungsapparat können wir allein durch die proletarische sozialistische Revolution gewaltsam zerschlagen. Wir müssen ihn durch die Diktatur des Proletariats ersetzen. Aber als kommunistische Partei kämpfen wir auch um jeden Fingerbreit Legalität, um den Kampf für die Revolution in ganzer Breite führen zu können.

„Im Namen der Arbeiterklasse und der Angehörigen des Genossen Günter Routhier klagen wir, die KPD/ML, die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat an, unseren Genossen Günter vorsätzlich brutal ermordet zu haben!" Genosse Karl zeigte auf, daß der Mord an Günter Ergebnis des systematischen und geplanten Terrors der Bourgeoisie gegen die Kräfte der Revolution ist, nicht anders als der Mord an Neset Danis. Im Zeugenstand berichtete Genosse H. Brenner noch einmal von dem geplanten und gezielten Vorgehen der Polizisten in Duisburg, bestätigte ein Jurist, daß selbst nach den bürgerlichen Gesetzen die Polizei des Mordes schuldig ist.

Ein weiterer Anklagepunkt richtet sich gegen die bürgerliche Presse und die Gerichtsmedizin wegen Unterdrükkung der Wahrheit, Falschmeldungen und Lügen. Ein anderer gegen die Polizei wegen sadistischer Folterungen. **Hierzu berichtete ein Genosse aus Gelsenkirchen, wie er von der Polizei auf der Wache gefoltert wurde. Mit 8 Polizisten gingen sie auf ihn los und schlugen ihn zusammen, als er sich bei der erkennungsdienstlichen Behandlung wehrte. Schließlich kniete auf jedem Arm, auf jedem Bein ein Polizist, ein anderer zog seinen Kopf an den Haaren zurück. Dann begannen sie ihm der Reihe nach in den Hoden zu treten. Vom Boden wurde er auf einen Stuhl zum Verhör geschleift. Der Genosse schwieg trotz allem. Der Kriminalbeamte vom K 14: „Es wäre ja auch das erste Mal, daß einer von diesen Indoktrinierten der KPD/ML das Maul aufmachte!"**

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/ MARXISTEN-LENINISTEN

AUFRUF

An alle fortschrittlichen und revolutionären Organisationen, an jeden fortschrittlichen Menschen!

Kollegen, Freunde, Genossen!

Unser Genosse Günter Routhier ist von der Polizei erschlagen worden. Ein brutaler, barbarischer, heimtückischer Mord!

Polizei und Staatsanwalt versuchen, diesen Mord totzuschweigen, seine Hintergründe zu vertuschen. Die Leiche unseres Genossen ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Eine von der Frau des Ermordeten bevollmächtigte, unabhängige Ärztin durfte der Obduktion nicht beiwohnen. Eine Kundgebung der KPD/ML am 18. 6. in Duisburg wurde verboten. In mehreren Städten versucht die Polizei, das Verteilen von Flugblättern zu verhindern.

DIE KPD/ML RUFT EUCH AUF:

VERBREITET MIT ALLEN MITTELN DIE WAHRHEIT: DIE POLIZEI HAT GENOSSEN GÜNTER ROUTHIER ERSCHLAGEN!

SAMMELT UND SPENDET ZUR FINANZIERUNG DER GEGENERMITTLUNGEN!

Genosse Günter Routhier war Familienvater. Die KPD/ML ruft Euch auf:

SAMMELT UND SPENDET ZUR MATERIELLEN UNTERSTÜTZUNG DER HINTERBLIEBENEN!

Der Mord an Günter Routhier steht nicht allein. Er steht in einer Reihe mit der Ermordung des Münchner Taxifahrers Günther Jendrian durch die Polizei, mit dem Mordanschlag auf den Frankfurter Schüler Thomas Hytrek, mit der Ermordung des türkischen Antifaschisten und Patrioten Nesset Danes, mit dem Versuch des imperialistischen Staatsapparates, die RAF-Gefangenen durch Isolationsfolter physisch zu vernichten. Der Duisburger Polizeieinsatz zeigt, wie z.B. auch die jüngsten Polizeieinsätze in Frankfurt, daß die Polizei in immer stärkerem Maße offen ihre Rolle als Bürgerkriegstruppe des Kapitals erfüllt und mit ihren Einsätzen immer mehr auf die "physische Vernichtung des Geg ners" abzielt.

DIE KPD/ML RUFT EUCH AUF:

PROTESTIERT AUF DEMONSTRATIONEN, KUNDGEBUNGEN UND VERSAMMLUNGEN GEGEN DIE ERMORDUNG DES GENOSSEN GÜNTER ROUTHIER - GEGEN DEN POLIZEITERROR!

DRÜCKT AUF DER BEERDIGUNG UNSERES GENOSSEN EURE EMPÖRUNG ÜBER DEN MORD, EURE SOLIDARITÄT MIT DER FAMILIE UND DER PARTEI DES ERMORDETEN AUS UND EURE FESTE ENTSCHLOSSENHEIT ZUM KAMPF GEGEN DEN TERROR DER HERRSCHENDEN KLASSE!

Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten

Dortmund, 19. 6. 1974

Die KPD/ML dankt allen, die dem Aufruf der Partei folgten und dafür kämpften, daß die Wahrheit über den Mord der Polizei an unserem Genossen Günter Routhier verbreitet wurde, die Geld sammelten zur Unterstützung der Familie und zur Finanzierung der Gegenermittlungen. Unser Dank gilt allen Kollegen, Freunden, Genossen und Organisationen, die in vielfältigen Formen, durch Protestresolutionen und Solidaritätsadressen, auf Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen, durch ihre Teilnahme am Trauerzug zu Ehren des Ermordeten und an seinem Begräbnis ihre Trauer über den Verlust des Genossen, ihre Empörung über den Mord, ihre Solidarität mit der Familie und der Partei des Ermordeten und ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen den Terror der herrschenden Klasse zum Ausdruck brachten.

SOLIDARITÄTS-ADRESSEN

Es sind uns in so großer Zahl Solidaritätsadressen und Protestresolutionen zugesandt worden, daß wir leider nicht alle vollständig abdrucken können. Wir bitten um Verständnis.

ERKLÄRUNG DES WESTDEUTSCHEN KOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SPANIENS (MARXISTEN-LENINISTEN) ZU DEM BRUTALEN MORD AN DEM GENOSSEN GÜNTER ROUTHIER

AN DIE KPD/ML, ZK, GENOSSEN ERNST AUST

Liebe Genossen!

Ein weiteres Mal hat die Mörderhand der Reaktion ein kommunistisches Leben ausgelöscht, ein weiteres Mal hat der Tod des Genossen Günter Routhier in Duisburg das wahre Wesen der Monopolbourgeoisie vor den Augen der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes enthüllt: daß die Monopolbourgeoisie in ihrer Gier, die unterdrückten Klassen zu beherrschen und auszubeuten, vor keinem Mittel, auch nicht vor dem Mord zurückschreckt, und das auch in Ländern wie dem Euren, wo sie sich heuchlerisch als Verteidigern der Demokratie und der Freiheit aufspielt, unterstützt von den revisionistischen Verrätern.

Das ist eine Lehre, die wir spanischen Kommunisten, die wir unter den harten Bedingungen des illegalen Kampfes gegen die blutige Yankee-Franco-Diktatur stehen, Tag für Tag erfahren. Im Moment, wo wir diese traurige Nachricht erhalten, ist unser Sinn noch ganz vom Gedenken an unseren unvergeßlichen Genossen Cipriano Martos erfüllt, den die Franco-Polizei im letzten September in Reus (Tarragona) feige folterte und ermordete. Im einen wie im anderen Fall ist es die blinde Wut der Reaktion, die zitternd den stürmischen Vormarsch der marxistisch-leninistischen Parteien und Kräfte in der ganzen Welt erkennen muß — eine Wut, die sie feige gegen die besten Männer und die besten Frauen der Arbeiterklasse und des Volkes richtet.

Unsere Partei in der DBR teilt, erfüllt vom Geist des proletarischen Internationalismus, den Schmerz ihrer Bruderpartei und des deutschen Volkes. Gleichzeitig versichern wir Euch erneut, daß wir im gemeinsamen Kampf gegen den US-Imperialismus, den russischen Sozialimperialismus, den DBR-Imperialismus und alle Reaktionäre, an Eurer Seite stehen. Wir sind überzeugt, daß dieses Arbeiterblut, wie das so vieler Genossen, die ihr Leben für die Sache des Kommunismus gegeben haben, nicht fruchtlos vergossen wurde, sondern daß aus ihm der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes sowie aller Völker der Welt mit größerer Kraft sich erheben wird.

EHRE UND RUHM DEM GENOSSEN ROUTHIER!

FÜR EIN EINIGES, UNABHÄNGIGES UND SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

ES LEBE DIE KPD/ML!

ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

Deutsche Bundesrepublik, den 20. 6. 1974.

AN DIE LEITUNG DER ROTEN GARDE!
AN DIE GANZE DEUTSCHE JUGEND

Liebe Genossen!

Der Mord der Polizei von Duisburg an dem Genossen Günter Routhier, Mitglied Eurer Partei, der KPD/ML, hat uns mit Empörung erfüllt.

Wir spanischen Jugendlichen, die wir unter faschistischer Diktatur geboren wurden, haben aus nächster Nähe die Ermordung der besten Söhne unseres Volkes erlebt, unter denen ein hoher Prozentsatz Jugendliche waren. Heute folgt unsere heldenhafte Arbeiter-, Bauern- und Schuljugend den Traditionen des Kampfes der spanischen Jugend und nimmt einen hervorragenden Platz an der Front gegen die verbrecherische Yankee-Franco-Diktatur ein. Unsere Jugend ist bei den Streiks, den Demonstrationen und den Auseinandersetzungen mit den Kräften der Repression sowie bei anderen revolutionären Kampfformen dabei.

Wir verstehen und teilen Eure Empörung über den Verlust dieses Genossen, aber wir sind sicher, daß solche Verbrechen Euren Kampf keineswegs schwächen, sondern Euch vielmehr Ansporn sein werden, den Weg des Marxismus-Leninismus weiter zu verfolgen, den Ihr mit solchem Kampfgeist eingeschlagen habt.

Wir jungen Kommunisten haben eine große Pflicht: Uns würdig zu erweisen, eines Tages einen Platz in den Reihen unserer Parteien einnehmen zu dürfen: deshalb müssen wir Anstrengungen im Kampf gegen den Kapitalismus unternehmen, müssen unsere Organisation unter den Jugendlichen ausdehnen, müssen die revisionistischen Verräter und alle

Opportunisten, die sich in die Arbeiter- und Volksbewegung eingeschlichen haben, bekämpfen und entlarven.

Dieses Verbrechen lehrt uns ein weiteres Mal die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Position verstehen, daß man der reaktionären Gewalt mit revolutionärer Gewalt entgegentreten muß.

GENOSSE ROUTHIER, DEIN TOD WIRD GERÄCHT WERDEN!

Kommunistische Jugend Spaniens(Marxisten-Leninisten)
Deutsche Bundesrepublik, 22. 6. 1974.

AN DAS ZK DER KPD/ML

Liebe Genossen!

Mit tiefer Betroffenheit haben wir die Nachricht von der Ermordung des Genossen Günter Routhier durch die Duisburger Polizei erhalten. Dieser brutale Akt wird ohne Zweifel tiefe Auswirkungen haben und die kämpferische Einheit des deutschen Volkes beschleunigen, das dieses Verbrechen deutlich und entschieden bestrafen wird.

Zwischen dem deutschen und dem spanischen Volk existieren unzerbrechliche Bande antifaschistischer und antiimperialistischer Freundschaft, die ihren höchsten Ausdruck in dem heldenhaften Einsatz tausender deutscher Genossen der unsterblichen Internationalen Brigaden fand, die gemeinsam mit unserem Volk ihr Blut im Kampf gegen die nazifaschistische Barbarei gaben.

Heute sind unsere beiden Völker Teil einer einzigen Front: der Front aller Völker der Welt gegen den US-Imperialismus, den russischen Sozialimperialismus sowie alle Reaktionäre. Deshalb reißt der Tod des Genossen Günter Routhier eine Lücke in die Reihen dieser weltweiten mächtigen Front. Wir sind der Ansicht, daß wir seinen Tod am besten dadurch rächen können, ebenso wie den Tod so vieler gefallener Antifaschisten in der ganzen Welt, indem wir unseren Kampf gegen die yankee-frankistische Diktatur verstärken bis zur Befreiung unseres Volkes.

Wir bitten Euch, allen Euren Genossen, dem deutschen Volk und ganz besonders der Familie Günter Routhiers unser tiefes Mitgefühl zu übermitteln. Wir senden Euch unsere kämpferischen Grüße.

Komitee der FRAP (Revolutionäre, Antifaschistische und Patriotische Front) in der Deutschen Bundesrepublik.

Deutsche Bundesrepublik, den 22. 6. 1974.

AN DAS ZK DER KPD/ML
AN DIE DEUTSCHE ARBEITERKLASSE

Liebe Genossen!

Mit großer Empörung haben wir die Nachricht über den brutalen Mord der Polizei an dem Genossen GÜNTER ROUTHIER empfangen. Wir, die wir gegen eine verbrecherische faschistische Diktatur, die vom Yankee-Imperialismus unterstützt und aufrecht erhalten wird, kämpfen, die wir viele Genossen besitzen, die barbarisch gefoltert und zu ungeheuerlichen Strafen verurteilt werden, wir empfinden den Verlust des Genossen ROUTHIER wie eine Lücke in unseren eigenen Reihen.

Wir sind sicher, daß der Mord an dem Genossen der heldenhaften deutschen Arbeiterklasse einen entscheidenden Anstoß geben wird, ihre Reihen um die revolutionären Prinzipien, die Eure Partei vertritt, zu schließen, und in ganz Deutschland die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu entwickeln und zu stärken, dadurch, daß dieser Mord die Falschheit der Illusionen, des Legalismus und Pazifismus entlarvt hat, womit die Verräter und Opportunisten versuchen, den Kampf der Arbeiterklasse zu bremsen.

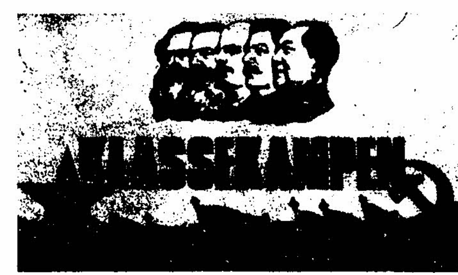
GENOSSE ROUTHIER, DU BIST NICHT TOT, DU LEBST FORT IM HERZEN ALLER ARBEITER!

GEGENÜBER DIESEM NEUERLICHEN BRUTALEN MORD, EINIGKEIT UND REVOLUTIONÄRER KAMPF DER DEUTSCHEN UND AUSLÄNDISCHEN ARBEITER!

Erklärung des Komitees der OSO (Oposicion Sindical Obrera) in der Deutschen Bundesrepublik.

Deutsche Bundesrepublik, 20. Juni 1974.

Mit einem längeren Artikel und einem Photo des Genossen Günter Routhier drückte die KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (M-L) NORWEGENS in ihrem Zentralorgan KLASSENKAMPEN ihre Solidarität anläßlich der Ermordung des Genossen Günter Routhier durch die westdeutsche Polizei aus.



Teure Genossen!
Tiefempfundenes Beileid zum Tod des Genossen Routhier.
Turkner/ML, Kennunen, Finnland, Helsinki.



Paris, den 29. 6. 1974

Liebe Genossen,

das Redaktionskollektiv von Humanité Rouge sendet Euch sein Beileid zur Ermordung des Genossen Günter Routhier durch die Polizei. Wir drücken Euch unsere tiefe Anteilnahme aus und teilen Eure Trauer und Euren Haß.

Dieser Mord ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß die Bourgeoisie vor keinem Verbrechen zurückschreckt um ihre Interessen zu verteidigen, auch dann nicht, wenn sie sich eine "sozialistische" Maske umhängt.

Wir verbleiben mit den besten Wünschen des proletarischen Internationalismus!

S. Marty

Duisburg, den 24. 6. 1974

Genossen!

Die Patriotische Einheitsfront der Türkei verurteilt die Ermordung des Genossen Günter Routhier seitens der westdeutschen Polizei. Wir solidarisieren uns mit den Aktionen der KPD/ML zur Verurteilung dieses heimtückischen Mordes.

Die Ermordung Günter Routhiers stellt einen neuen Anschlag auf die revolutionäre und marxistisch-leninistische Bewegung in der BRD dar. In den letzten Monaten hat die Verfolgung der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in der BRD zugenommen. Genau einen Monat vor der Ermordung Günter Routhiers, am 5. Mai 1974, wurde in Hamburg-Norderstedt der türkische Antifaschist Neset Danis von den türkischen Faschisten ermordet. Sie arbeiten mit dem Konsulat dort eng zusammen und die Mörder von Neset Danis sind bis heute noch nicht von der Polizei festgenommen. Viele türkische Revolutionäre und Patrioten werden von den westdeutschen Behörden verfolgt: 4 Patrioten sind in Köln, 2 sind in Frankfurt in U-Haft. In vielen Städten werden willkürliche Hausdurchsuchungen vorgenommen und Dutzende von fortschrittlichen Arbeitern und Studenten verhört.

Die Zunahme der Faschisierung der westdeutschen Polizei zeigt sich ebenfalls bei der Ermordung des Münchner Taxifahrers Günter Jendrian, bei dem Mordanschlag auf den Frankfurter Schüler Thomas Hytrek.

Aufgeschreckt von den sich rasch entwickelnden Kämpfen der Werktätigen greift die Monopolbourgeoisie immer mehr zu terroristischen Mitteln. Dadurch hofft sie sich vor ihrem sicheren Untergang zu retten. Dies ist allerdings eine absolut nicht zu verwirklichende Hoffnung. Denn die westdeutsche Bourgeoisie kann sich nicht außerhalb der allgemeinen Entwicklung in der ganzen Welt halten.
Aber da ihre Angriffe immer brutaler werden, beschleunigt sie die Kämpfe der Massen.

Davon kann sie weder die Sozialdemokraten noch die modernen Revisionisten retten. Durch die Einheit und den Kampf der Werktätigen werden alle Morde an Revolutionären sicherlich gerächt.

VEREINIGEN WIR UNS NOCH ENGER IM KAMPF GEGEN DIE TERRORMASSNAHMEN DES WESTDEUTSCHEN STAATES!

NIEDER MIT DEM FASCHISTISCHEN POLIZEITERROR!

ES LEBE DER GEMEINSAME KAMPF DER DEUTSCHEN UND AUSLÄNDISCHEN ARBEITER IN DER BRD!

Patriotische Einheitsfront der Türkei (PEF).

WERTE FREUNDE UND GENOSSEN!

ATÖF verurteilt schärfstens die Ermordung des Genossen Günter Routhier durch die westdeutsche Polizei als einen empörenden Terrorakt.

Dieser Mord zeigt noch einmal die Versuche der westdeutschen Monopolbourgeoisie und deren SPD-Regierung, die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte mundtot zu machen und einzuschüchtern. Auch die fortschrittlichen Arbeiter und Studenten und deren Organisationen aus der Türkei werden in der BRD verfolgt. Neset Danes wurde in Hamburg von den türkischen Faschisten ermordet. Die faschistischen Mörder laufen immer noch frei herum, während fortschrittliche Arbeiter festgenommen wurden. In Köln und in Frankfurt sitzen 6 Patrioten aus der Türkei immer noch in U-Haft.

All diese Anschläge zeigen, daß die Monopolbourgeoisie und deren Regierung sowie von ihr befehligte Polizei gegen fortschrittliche Kräfte einen großen Angriff gestartet hat. Das zeigt aber auch, daß die Reaktionäre Angst haben, vor dem sich mächtig entwickelnden Kampf der Massen.

Diesem Angriff müssen wir unsere Einheit entgegenstellen.
BAUEN WIR DIE GEMEINSAME KAMPFFRONT DER DEUTSCHEN UND AUSLÄNDISCHEN ARBEITER! NIEDER MIT DEM POLIZEITERROR! ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

ORGANISATION GRIECHISCHER MARXISTEN–LENINISTEN

Die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten sieht in dem faschistischen Akt der Polizei in Duisburg gegen den Genossen Günter Routhier einen weiteren Versuch, die antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte des Landes, die in ihrem konsequenten Kampf gegen den Faschismus, Imperialismus und Revisionismus von der KPD/ML geführt werden, einzuschüchtern. Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß der konsequente Kampf gegen die Feinde des Volkes, getragen von der KPD/ML, die einzige Antwort ist auf solche faschistischen Anschläge. Die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten solidarisiert sich fest mit den kämpfenden Genossen der KPD/ML und dem betroffenen Genossen Günter Routhier, und will den Genossen versichern, daß sie, wo sie es kann, diesen Kampf tatkräftig unterstützen wird, denn der Kampf ist ein gemeinsamer Kampf. So wie in mehreren Fällen die KPD/ML unseren Kampf unterstützt, ist es auch unsere internationalistische Pflicht, ihr beizustehen.

Wir lassen uns nicht einschüchtern!

AN DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/ MARXISTEN–LENINISTEN

Die Nachricht von dem feigen, brutalen Mord an Günter Routhier hat uns erschüttert und mit tiefem Haß gegen seine Mörder, die deutsche Polizei und ihre Auftraggeber, die westdeutsche Bourgeoisie erfüllt.

Es ist tatsächlich eine Regel: je mehr die Bourgeoisie eines Landes ihre Herrschaft bedroht sieht, um so wütender und brutaler schlägt sie um sich. Sie greifen einzelne Patrioten und Kämpfer heraus, verurteilen sie zu langen Gefängnisstrafen, sperren sie in schalldichte Isolierzellen ein, wollen ihnen die Schädeldecke öffnen, um mit ihnen nach alter Nazi-Manier Versuche zu treiben.

Sie wollen mit ihren Verbrechen den Kampfeswillen des Volkes brechen, sie ersticken. Aber das ist ein großer Irrtum. Je größer die Unterdrückung, desto größer der Widerstand. Wir meinen und die Geschichte beweist es: für jeden gefallenen Kämpfer stehen andere auf, die den Kampf mit noch mehr Entschlossenheit und Haß gegen diese Verbrecher führen. Die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Mörder von Ernst Thälmann sind niemals von bürgerlichen Klassengerichten zur Rechenschaft gezogen worden, geschweige denn bestraft worden. Wir wissen, um nur einige Beispiele von den letzten Jahren herauszugreifen, daß der Mörder von Benno Ohnesorg, Polizeiobermeister Kurras, die Mörder von Petra Schelm und Georg von Rauch heute frei herumlaufen.

In unserer Heimat, dem Iran, herrscht das faschistische Schah-Regime, eine Marionette des US-Imperialismus. Der Iran wird aber auch von anderen imperialistischen Mächten ausgebeutet. So zum Beispiel von der Sowjetunion, die sich in Worten sozialistisch gebärdet, aber in ihren Taten eine imperialistische Politik betreibt und von der BRD — um nur die wichtigsten zu nennen.

Aber auf sich alleingestellt, ohne die Waffen, die die USA, die Sowjetunion und die BRD an den Iran liefern, könnte dieses schwächliche Regime keine Minute herrschen. Es kann sich nur auf nackte Gewalt stützen.

Um seinen Untergang noch zu verzögern, unterläßt das Schah-Regime nichts, um die Kämpfe im Iran zu ersticken. Nach Berichten der Menschenrechtsorganisation gibt es bereits 40.000 politische Gefangene. Kommunisten, Antifaschisten und Patrioten werden vor geheimen Militärtribunalen zum Tode oder zu langen Zuchthausstrafen verurteilt.

Trotzdem geht der Kampf weiter, wütender und unversöhnlicher. In einigen Fällen haben revolutionäre Organisationen Volksjustiz ausgeübt, indem sie die Henker der besten Söhne des Volkes wie den Chef des iranischen Geheimdienstes SAVAK General Farsiu hingerichtet haben. Für große Teile des Volkes ist es eine freudige Nachricht und eine revolutionäre Tat gewesen.

Günter Routhier hat hier gekämpft und ist für die Interessen der Mannesmann-Kapitalisten ermordet worden. Das sind die selben Kapitalisten, die an der Ausbeutung des iranischen Volkes beteiligt sind. An deren Hände klebt nicht nur das Blut der deutschen Kämpfer, sondern auch das der iranischen.

Deshalb meinen wir, der Kampf der KPD/ML und aller revolutionärer Organisationen und Menschen in Westdeutschland für den Sturz der westdeutschen Bourgeoisie ist der beste Beitrag für alle Völker, die sich direkt im Kampf gegen den BRD-Imperialismus befinden.

NIEDER MIT DEM POLIZEITERROR!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

ISV DORTMUND, BOCHUM, ISERLOHN, MITGLIED DER CISNU (CONFÖDERATION IRANISCHER STUDENTEN NATIONAL UNION)

Dortmund, den 21. 6. 1974

Sehr geehrte Frau Routhier!

Im Namen aller Mitglieder der ROTEN HILFE in Westdeutschland und Westberlin drücken wir Ihnen und allen Ihren Angehörigen unsere tiefe Trauer und unsere Bestürzung und Empörung über den Tod ihres Mannes, des Genossen Günter Routhier, aus.

Er ist ein Opfer des furchtbaren faschistischen Terrors geworden, mit dem die Herrschenden den Kampf der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten um ihre Rechte und um ihre Befreiung niederhalten wollen.

Er starb als Kämpfer für kommendes Recht und kommende Freiheit. Mit tiefem Abscheu haben wir erfahren, von welch furchtbaren Umständen sein Tod begleitet war, wie durch Lüge, Verleumdung, Terror und eine Mauer des Schweigens versucht wird, das Verbrechen seiner Ermordung vor der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk geheim zu halten.

Doch wir sind zutiefst davon überzeugt, daß alle Revolutionäre, alle aufrechten Arbeiter, jeder rechtlich denkende Mensch mit seinem Herzen und mit seinen Taten an Ihrer Seite, an der Seite aller seiner Angehörigen, an der Seite seiner Freunde und Genossen und an der Seite seiner Partei, der KPD/ML, stehen.

Der Tod des Genossen ist uns Mahnung und Verpflichtung, mit doppeltem Einsatz und größerer Entschlossenheit die politische Unterdrückung zu bekämpfen, allen Verfolgten und Unterdrückten und durch die Verbrechen der Kapitalisten in Not geratenen zur Seite zu stehen. In allen Orten Westdeutschlands haben uns viele Menschen ihre Trauer über den Tod des Genossen und ihren Abscheu vor den Verbrechen der herrschenden Klasse bekundet.

Doch sein Tod ist uns auch Verpflichtung, mit aller Entschlossenheit und ohne Furcht für die endgültige Zerschlagung der Unterdrückerherrschaft und für ein Leben in Freiheit, ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für das Recht der Arbeiterklasse zu kämpfen und all die Verbrechen zu rächen, die tagtäglich an der Arbeiterklasse und dem Volk begangen werden.

Die Ermordung des Genossen Günter Routhier muß und wird gerächt werden.

Der Tode aber wird allen Freunden und Genossen der ROTEN HILFE, allen Revolutionären und der ganzen Arbeiterklasse heilig sein. Sein Andenken wird leben und in der Errichtung der Arbeitermacht, des Sozialismus, wird die Arbeiterklasse, werden alle Werktätigen, wofür er kämpfte und starb, verwirklichen und damit auch sein Andenken verewigen.

In tiefer Verbundenheit

ROTE HILFE in Westdeutschland und Westberlin

AUS EINER PRESSEMITTEILUNG DER ROTEN HILFE VOM 15. 6.

„Am 5. 6. 1974 wurde Günter Routhier in Zusammenhang mit einem Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg von Polizisten bewußtlos geschlagen, denen bekannt war, daß G. Routhier an Bluterkrankheit leidet und jede äußere oder innere Verletzung seinen Tod zur Folge haben kann. Inzwischen – zehn Tage später – liegt er unter künstlicher Beatmung in der neurochirurgischen Abteilung der Essener Universitätsklinik. Er ringt mit dem Tod und es ist so gut wie sicher, daß er sterben muß.

Es handelt sich um einen bewußten und kaltblütigen Mordanschlag, der wieder einmal beweist: um ihre Interessen zu schützen und durchzusetzen, gehen die Kapitalistenklasse und ihr Staat skrupellos über Leichen. Je mehr sich der Klassenkampf verschärft, umso mehr greift der bürgerliche Staat zum Mittel faschistischen Terrors.

Der Mordversuch an G. Routhier ist innerhalb weniger Wochen das fünfte derartige Verbrechen. Es steht in einer Reihe mit der Ermordung G. Jendrians durch ein Killerkommando der Polizei, mit dem Meuchelmord an dem türkischen Arbeiter Danes Neset, mit der Hinopferung der Marokkanerin Jamina Abdel Yaliki für den Ehrgeiz eines Medizinprofessors, mit dem Mordversuch der Polizei an Thomas Hytrek.

Wir rufen alle Arbeiter und Werktätigen, alle fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland und Westberlin zum Kampf gegen die Welle des konterrevolutionären Terrors auf. Die Opfer sind Verpflichtung für jeden zu kämpferischer tätiger Solidarität. Sie sind aber auch Verpflichtung, mit aller Entschlossenheit unsere Anstrengungen im Kampf zum endgültigen Sturz der Unterdrückerherrschaft zu vervielfachen. Der Mordanschlag auf G. Routhier zeigt uns wieder: Der konterrevolutionäre Terror kann nur durch die gewaltsame Revolution gebrochen werden. Die Opfer und ihre Angehörigen werden von der ROTEN HILFE jede mögliche Unterstützung erhalten Darüber hinaus aber wird auch die ROTE HILFE nicht ruhen, ehe nicht die Unterdrückerherrschaft gebrochen und jedes ihrer Verbrechen gerächt ist."

EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE BOCHUM (ESG)

Die ESG Bochum ist informiert worden, daß bei dem Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg zwischen dem entlassenen Mannesmannarbeiter Brenner und Mannesmann am 5. 6. 1974 Günter Routhier als Zuhörer lebensgefährlich verletzt wurde.

Wir protestieren aufs schärfste gegen diesen brutalen Polizeieinsatz, bei dem Zuhörer einer öffentlichen Arbeitsgerichtsverhandlung terrorisiert werden. Empört sind wir über die wissentliche und kaltblütige Inkaufnahme des Todes dieses Mannes, ein Vorgehen, daß an die Methoden in faschistischen Ländern wie Chile, Spanien, Griechenland, Türkei, Persien usw. erinnert. Angesichts der sich häufenden Gewaltanwendung mit Todesfolgen seitens staatlicher Organe – allein in den letzten Wochen gegen den Frankfurter Schüler Thomas Hytrek und den Münchner Taxifahrer Günther Jendrian – fordern wir alle wirklich antifaschistischen Kräfte in diesem Land, unabhängig ihrer politischen Differenzen, auf, zum vereinten Protest gegen die verschärfte politische Unterdrückung.

PRESSEERKLÄRUNG

Wir sind äußerst befremdet, daß am 24. 6. 1974 mittags und nachmittags ein Trauerzug aus Duisburg mit polizeilicher Gewalt aufgelöst wurde und sich dies mehrfach wiederholte.

Es handelt sich hierbei um den Trauerzug für den Rentner Günter Routhier, der am 18. Juni in der Uniklinik Essen gestorben ist. Nach den Angaben der KPD/ML hängt sein Tod mit den Verletzungen zusammen, die Routhier – ein Bluter – am 5. Juni im Arbeitsgericht als Zuhörer davontrug.

Unabhängig von der weiter zu klärenden Frage der Ursache des Todes von Günter Routhier sind wir als Theologen tief betroffen darüber, daß die öffentliche Manifestation von Trauer drakonisch von der Polizei unterbunden wurde.

Duisburg, den 24. 6. 1974

Hartmut Dreier, Pfarrer, Dieter Horstmann, Pfarrer, Klaus Matthes, Pfarrer, Günter Meyer-Mintel, Vikar.

PROTESTRESOLUTION DES VERBANDES DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER, ORTSGRUPPE BOCHUM.

An die Teilnehmer der Protestkundgebung. Liebe Kollegen und Genossen! Mit Empörung haben wir von dem neuerlichen Verbrechen der Polizei erfahren. Die Pressemitteilung der ROTEN HILFE beweist, daß es sich um einen feigen, kaltblütigen Mord an einem Rentner handelt. Uns allen klingen noch ihre Sonntagsreden in den Ohren, die sie anläßlich ihrer Grundgesetzfeier gehalten haben. Hier aber haben wir die rauhe, kapitalistische Wirklichkeit. Die einfachsten, primitivsten Rechte sollen dem Volk genommen werden. Wer sich dagegen wehrt, muß damit rechnen, verprügelt, überfallen, verschleppt, ins Gefängnis geworfen, erschossen oder erschlagen zu werden.

Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen aber auch eindringlich, warum Polizei und Bundesgrenzschutz aufgerüstet, warum die Mordeinsatzkommandos aufgestellt werden.

Dies geschieht nicht, um kriminelle und bewaffnete Banden zu bekämpfen, sondern einzig und allein zur Unterdrückung des Volkes. Heute stoßen schon Kämpfe für die einfachsten Forderungen wie für die Wiedereinstellung eines entlassenen Kollegen oder nach niedrigeren Fahrpreisen auf den brutalen Einsatz der kapitalistischen Staatsmacht. Das wird das Volk aber nicht abschrecken, sondern es wird immer energischer den Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes weitergehen.

Wenn aber schon die einfachsten Forderungen des werktätigen Volkes nach Erhaltung seiner Lebensbedingungen durch brutale Knüppelorgien beantwortet werden, dann unterstreicht das die Notwendigkeit, diesen Unterdrückerstaat zu zerschlagen, dem Volk die ganze, ungeteilte

Macht zu erkämpfen.

Solche Ereignisse wie in Duisburg werden uns nicht dazu bringen, von diesem Kampf abzulassen. Im Gegenteil. Sie zeigen erneut die Notwendigkeit, diesen Weg zu gehen. Statt Einschüchterung wie es die Herrschenden gerne hätten, werden sie in Zukunft einem noch größeren Haß und einer noch größeren Entschlossenheit begegnen. Ihre Untaten haben ein neues Opfer gefordert. Wi r werden es rächen!

Verband der Kriegsdienstverweigerer,
Ortsgruppe Bochum, den 17. 6. 1974

SOLIDARITÄTSADRESSE DES FUNKE–KOLLEKTIVS

Darin heißt es unter anderem:

Der brutale Mord an unserem Genossen Günter Routhier verdoppelt unseren Haß auf seine Mörder, auf den Polizeiapparat und den ganzen Staat der Kapitalisten. Dieser neueste Akt des Polizeiterrors nach den Morden an Günter Jendrian in München und an Thomas Hytrek in Frankfurt erinnert Millionen wieder an das wahre Gesicht des Ausbeuterstaates.

Günter Routhier gab sein Leben für die höchsten Ideale des Proletariats. Er starb im Kampf gegen den Staatsapparat, gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Unsere Trauer ist kein Weinen oder Wehklagen. Sie festigt unsere Entschlossenheit, weder Härte noch Tod zu fürchten im Kampf für die Diktatur des Proletariats, für die sozialistische Revolution alles zu geben, damit diesmal dem faschistischen Terror und dem Krieg die sozialistische Revolution zuvorkommt.

GENOSSE GÜNTER, WIR WERDEN DICH RÄCHEN, DEN STAAT DEINER MÖRDER FÜR IMMER ZERBRECHEN .

FUNKE-Kollektiv – Aachen, 21. 6. 74

BEILEIDSADRESSE DER NAV-GMBH AN DIE KPD/ML – 21.6. 74

Mit Wut und Empörung haben wir vom Tode des kommunistischen Kollegen Günter Routhier erfahren.

Er wurde ermordet von den gemeinen Schergen des Todfeindes der Arbeiterklasse und des Volkes. Brutal haben sie ihn mißhandelt. Heimtückisch haben sie ihm die ärztliche Behandlung versagt. Nun versuchen sie, den Mord zu vertuschen.

In Günter Routhier hat die KPD/ML einen Kämpfer für die Revolution, ein würdiges Mitglied ihrer Partei verloren. Wir bekunden unsere tiefe Anteilnahme am Tode von Günter Routhier, wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der KPD/ML gegen diesen Te rrorakt. Wir sind sicher, daß tausend neue Kämpfer für den gefallenen Günter Routhier aufstehen werden.

Neuer Arbeiterverlag GmBH

SOLIDARITÄTSADRESSE DES ROTFRONTVERLAGS KIEL , 21. 6. 74

Das Verlagskollektiv des Rotfrontverlags Kiel verurteilt aufs Schärfste den bestialischen und hinterhältigen Mord an Günter Routhier. Dieser Mord ist kein bloßer 'Übergriff der Polizei", sondern steht in einer Reihe mit dem Mord an Günther Jendrian in München und dem Mordversuch an Thomas Hytrek in Frankfurt. Der sich häufende Einsatz von Killerkommandos ist ein Ausdruck des verschärften Vorgehens der Bourgeoisie gegen den wachsenden Widerstand des Volkes und vor allem gegen das im Kampf erstarkende Proletariat, und seine kommunistische Partei, die KPD/ML.

Mit tiefer Bestürzung haben wir vom Tod des Genossen Günter Routhier erfahren. Wir sind äußerst empört über diesen hinterhältigen Mord. Günter wurde ermordet, weil er mit der KPD/ML für den endgültigen Sturz des Ausbeutersystems kämpfte, das täglich hunderten den Tod bringt und tausende ins Elend stürzt. Günter kämpfte für eine gerechte Sache. Wir sind sicher, daß sein Tod gerächt wird. Sicher, daß Günters Wunsch Wirklichkeit wird. Kämpfen wir mit der KPD/ML für ein einiges, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

DIE MITARBEITER DER GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS'

RESOLUTION DER ORTSGRUPPE BOCHUM DER „LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS":

Günter Routhier, ein 45-jähriger Genosse der KPD/ML aus Duisburg, ist am 18. 6. 1974 gestorben. Er ist ermordet worden von brutalen Polizeischlägern in einem Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg unter Mithilfe von Duisburger Ärzten, die ihm jede wirksame Hilfe versagten. Dieser Mord war gezielt: Günter Routhier hatte die schamlose Aufforderung, für das K 14 Information über die politische Tätigkeit seines Sohnes und dessen Freunde herauszugeben, damit beantwortet, daß er sich enger an die KPD/ML anschloß und mit ihr gegen den Kapitalismus und seine Handlanger verstärkt kämpfte. Wir sind zutiefst empört über den brutalen Mord an Genossen Günter Routhier. Wir werden den Mord an Günter Routhier, den man in einer Reihe sehen muß mit den Morden und Anschlägen auf Günter Jendrian, Thomas Hytrek, dem türkischen Antifaschisten Neset Danes u. a. nicht kampflos hinnehmen.

KÄMPFEN WIR WIE GÜNTER ROUTHIER GEGEN DEN KAPITALISMUS, FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

Verabschiedet am 21. 6. 1974

DIE AM 21. 6. 1974 VERSAMMELTEN GEWERKSCHAFTSOPPOSITIONELLEN KOLLEGEN VOM BREMER VULKAN, DER AG WESER, VSW VOCKE UND ANDEREN BETRIEBEN TRAUERN UM DEN VON DER POLIZEI AM 5. JUNI IN DUISBURG ERMORDETEN ARBEITER GÜNTER ROUTHIER.

Der Kollege, Mitglied der KPD/ML, wurde von den Polizeimördern bestialisch totgeschlagen, weil er in einem Arbeitsgerichtsprozeß gegen einen kommunistischen Mannesmann-Arbeiter Solidarität mit ihm gegen die Klassenjustiz übte.

Wir verurteilen diesen Mord auf das Entschiedenste. Mit ihm haben der Staat und seine Polizei erneut bewiesen, daß sie ein Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse sind.

Wir fordern: Bestrafung der Polizeimörder!
Kampf der zunehmenden Militarisierung der Polizei gegen die Arbeiterklasse! Entwaffnung der Polizei!

Es wurden 45,46 DM als Spende für die Witwe Günter Routhiers gesammelt, die auf das Konto der Partei überwiesen werden.

DIE AUF DER WILHELM-LEUSCHNER-RUNDE KIEL VOM 28. 6. 1974 VERSAMMELTEN 60 REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTER protestieren aufs Entschiedenste gegen die brutale Ermordung des Genossen Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML, durch die Knüppelgarde des Kapitals. Wir haben uns auf dem heutigen Abend Klarheit über diesen Polizeiterror und seine tieferen Ursachen verschafft. Wir verurteilen aufs Schärfste die direkte Handlangerrolle der DGB- und D„K"P-Bonzen für die Mannesmann-Kapitalisten. Wir sind fest entschlossen, die Ermordung des Genossen und die wahren Täter in unseren Betrieben und Abteilungen anzuprangern und die Kollegen im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und alle seine Handlanger zusammenzuschließen. Unsere beiliegende Spende von 115 DM soll helfen, die Not der Hinterbliebenen zu lindern und ihren Kampf zu stärken.

GÜNTER WIR WERDEN DICH RÄCHEN – REVOLUTION IST UNSER VERSPRECHEN!

Die VOLLVERSAMMLUNG DES SELBSTVERWALTETEN JUGENDZENTRUMS IN VELBERT wendet sich empört gegen den Mord an Günter Routhier. Abschließend heißt es in der Resolution: „Auch dieser kaltblütige Mord an Günter Routhier wird tausendfach gegen die Kapitalisten zurückschlagen. Wir sind sicher, daß Günters Beerdigung demonstrieren wird, daß für einen ermordeten Kämpfer 100 neue aufstehen."

RESOLUTION DER 11 ANGEKLAGTEN IM GRUNDGESETZPROZESS IN KIEL

Mit tiefer Abscheu und voller Haß nehmen wir Kenntnis von dem Mord an Genossen Günter Routhier, der anläßlich einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg auf barbarische Art niedergeknüppelt* und anschließend im Polizeipräsidium mißhandelt wurde und am Mittag des 18. 6. verstarb.

Wir wissen: das ist kein Einzelfall!

Je mehr sich die Klassenkämpfe in Westdeutschland durch Teurung Preistreiberei, Inflation verschärfen, je mehr die Arbeiter sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage wehren, zu kämpfen beginnen, je brutaler reagiert die herrschende Klasse. Dieser Mordanschlag der Polizei ist kein Einzelfall mehr. Wir wissen auch:

Günter Routhier fiel keinem "Unglück", keiner "Fahrlässigkeit", keinem "bedauerlichen Übergriff der Polizei" zum Opfer. Das war, das ist geplant. Die Kapitalisten haben ihrer Polizeiarmee das Prügeln, das Schießen, den Arbeitermord, die Liquidierung von Kommunisten und anderen Klassenkämpfern befohlen. Die SS-Ausbilder der heutigen Polizei haben gründliche Arbeit geleistet. Was braucht man da noch eine SA oder SS, wenn man seine MEKs, seine "Mordeinsatzkommandos" hat?

Doch wir werden nicht auf ein neues 1933 warten.

Wir sind keine Pazifisten und Betschwestern. Wir werden nicht, wenn man uns auf die linke Backe schlägt, auch noch die rechte hinhalten. Wir schlagen zurück !

DER MORDANSCHLAG AUF GÜNTER ROUTHIER MUSS UND WIRD GERÄCHT WERDEN !

NIEDER MIT DEM POLIZEITERROR !

Verabschiedet am 18. 7. 74

Hiermit protestieren wir aufs schärfste gegen den politischen Mord an Genossen Günter Routhier, der von der Polizei erschlagen wurde und gegen den faschistischen Überfall der Polizei auf den Trauerzug zur feierlichen Beisetzung des Genossen. Dieser blinde Terror der Herrschenden wird bestimmt auf ihre eigenen Füße zurückfallen, denn der der Widerstand und die Empörung der Arbeiterklasse, aller werktätigen und fortschrittlichen Menschen wird beständig wachsen."

Soldaten des Heimatschutzkommandos Puttlos in Oldenburg, 2. Kompanie.

Resolution der ROTEN HILFE
Böblingen-Sindelfingen

Heute haben wir hier die ROTE HILFE Böblingen-Sindelfingen gegründet. Wir haben das vor allem auch deshalb getan, weil wir an der brutalen Ermordung des Kommunisten Günter Routhier und an dem faschistischen Terror der Polizei und Staatsmacht bei seiner Beerdigung gesehen haben, daß wir jetzt und hier den Kampf aufnehmen müssen.

Wir haben vor allem daraus gelernt, daß wir nicht warten dürfen, bis wir eine fertige blitzsaubere RHD haben, sondern wir wollen sofort den Kampf gegen den Staat unterstützen, die proletarische Solidarität stärken, das Vermächtnis des Genossen Günter erfüllen.

WEG MIT DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG!
WEG MIT DEM KAPITALISMUS!
VORWÄRTS ZU EINER STARKEN ROTEN HILFE DEUTSCHLAND!
VORWÄRTS ZUM SOZIALISMUS!

Resolution des Deutschen Freidenker-Verbandes, Ortsgruppe Münster (Westf.)

In der Resolution heißt es unter anderem:
"...Die Kapitalisten haben ihrer Polizei das Prügeln, Schießen, den Arbeitermord, das Liquidieren von Kommunisten und anderen Klassenkämpfern befohlen. Ihren Schlägertruppen predigen sie den Geist von Auschwitz.

Die herrschende Klasse, die Kapitalisten sehen ihr Ende nahen, sie spüren die Unruhe in aller Welt und wissen, daß in diesem weltweiten Meer des Klassenkampfes die Bundesrepublik keine friedliche Insel bleibt. Mit brutalem Terror versuchen sie ihre Diktatur über die Werktätigen zu verteidigen.

Doch sie haben ihre Rechnung ohne die Arbeiterklasse gemacht. Wir sind der Meinung, daß dieser Mord nicht kampflos hingenommen werden darf.

DER MORD AN GÜNTER ROUTHIER MUSS UND WIRD GERÄCHT WERDEN!
KAMPF DEM POLIZEITERROR!

Die Zellen und Ortsgruppen der KPD/ML und der ROTEN GARDE haben in zahlreichen Solidaritätsadressen und Resolutionen ihre kämpferische Trauer um unseren Genossen Günter Routhier bekundet. So heißt es z.B. in der Solidaritätsadresse der Ortsgruppe Freiburg:

"Liebe Familie Routhier!
Mit Euch trauern wir um unseren Genossen Günter. Günter ist gestorben als unser Vorbild, als Kommunist im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Mutig hat er sich ohne Rücksicht auf seine schwere Krankheit den Polizeischlägern entgegengestellt, um die Genossen zu schützen. Günter hat uns gezeigt, weder Härte noch Tod fürchten, so müssen Kommunisten kämpfen...

Die Bourgeoisie kann mit dem Mord an Günter uns nicht einschüchtern, sie kann nur unsere Wut, unsere Energie verzehnfachen. Der Tod Günters wird von uns mit dem Schwur beantwortet:

KEINE RAST, BIS GÜNTERS TOD GERÄCHT IST, BIS DIESES UNERTRÄGÄGLICHE UNTERDRÜCKER-SYSTEM GESTÜRZT UND DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS ERRICHTET IST!..."

WEITERHIN ERREICHTEN DIE PARTEI BIS ZUM REDAKTIONSSCHLUSS FOLGENDE SOLIDA RITÄTSADRESSEN UND PROTESRESOLUTIONEN:

Resolution der Veranstaltung der CISNU in Dortmund; Resolution der Besucher des CISNU-Filmes über den Befreiungskampf der PFLOAG in Oman; Resolution einer Feier des Nahost-Mittelost-Komitees; Brief an Familie Routhier von allen Anwesenden der Trauerfeier für Günter Routhier in Friedrichshafen/Bodensee; Solidaritätsresolution der Teilnehmer einer Veranstaltung in Westberlin anläßlich der Einladung zur Demonstration in Köln gegen die verschärfte Terrorisierung und Unterdrückung der ausländischen Kollegen; Resolution des Aktionskomittees "Solidarität mit Günter Routhier" in Siegen-Hüttental; Resolution des revolutionären Komitees "Soldatenfaust"; Resolution der Deligiertenkonferenz der "Kommunistischen Initiative" Köln. Weiterhin erreichten uns Solidaritätsadressen, Protesresolutionen und Briefe von dem Schriftsteller Erich Fried, der der Familie des Genossen Günter Routhier ein Gedicht gewidmet hat; einer Veranstaltung der KPD/ML und der ROTEN GARDE in Essen am 21. 6.; einem Teach-in des KSB/ML der Pädagogischen Hochschule Kiel zum "K"BW am 20. 6.; der Veranstaltung des KPD/ML-Stützpunktes Nordenhamm; einer Parteiveranstaltung in Kempten; der Parteiveranstaltung "Tod dem Faschismus" in Bielefeld; den Teilnehmern einer Parteiveranstaltung in Hannover; der ÖTV-Jugendgruppe in Neuß; der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft Ortsgruppe Karlsruhe; 3 Refrendaren aus Hamburg; von 19 Freunden und Genossen der KPD/ML um die Broschüre "Was will die KPD/ML?"; dem Arbeitertreff der Betriebszelle Klöckner der KPD/ML; dem "ROTER MORGEN-Leserkreis" Kiel-Elmschenhagen; den "ROTER MORGEN-Leserkreisen" Mannheim Neckarstadt, Mainz, Kiel-Garden; dem Arbeitertreff der Betriebszelle Hoesch der Partei in Dortmund; den Teilnehmern der Veranstaltung der ROTEN HILFE in Bochum am 29. 6.; den Teilnehmern der Veranstaltung der ROTEN HILFE in Mainz am 19. 6.; den anwesenden Kollegen und Genossen auf der Veranstaltung der ROTEN HILFE in Marburg am 19. 6.; ein Beileidsbrief des Genossen P.P. aus Meersburg; von 4 Refrendaren aus Hamburg Es verabschiedeten Solidaritätsadressen und Protestresolutionen: das Studentenparlament des Klinikums Essen; die Fachschaftsinitiative der Medizin- und Betriebsgruppe Klinikum in Essen; die Vollversammlung der Kieler Universität; die Gesamtvollversammlung der Uni in Bielefeld; die Vollversammlung der Germanisten der Technischen Universität Hannover; die Kliniker Vollversammlung der Uni Kiel; die Sozialistische Fachbereichsinitiative Biologie an der Universität München; eine Veranstaltung des Psychologischen Instituts der Technischen Universität in Kiel; 5 Teilnehmer des "Jour Fix", einem 14-tägigen Treffen der GEW-Studentengruppe an der

PH Westberlin; 200 Germanistikstudenten der FU Westberlin; die Teilnehmer des Seminars "Planen und Bauen in Entwicklungsländern" am Fachbereich 8 der TU Westberlin; das "Plenum für freie politische Betätigung" an der PH Westberlin; das Wahlfach-Aktiv an der PH Westberlin; das Studentenparlament der Gesamthochschule Essen; die Vollversammlung der Fachhochschule Sozialwesen in Kiel; die Veranstaltung des ASTA und der Roten Zellen Kiel (ML) zum "Grundgesetzprozeß"; die Fachschaftsgruppe Psychologie an der Uni Kiel; die Fachschaftsvollversammlung der Medizin-Klinik der Uni Würzburg. Die Resolution der Ortsgruppe Freiburg wurde von der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft, von der Trauerfeier der Ortsgruppe, von der Fachschaft Biologie, einer Diskussionsrunde des "K"SV und zum Teil von der Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft unterstützt. Weiterhin erreichten uns Resolutionen von einer Veranstaltung des "K"SV in Frankfurt/M.; einer Veranstaltung des "K"SV/ TU Westberlin; der Veranstaltung des "K"SV zur Programmdiskussion an der PH Westberlin; eine gemeinsame Protestresolution des KSB/ML und des "K"SV, verabschiedet auf der Vollversammlung der Pädagogikstudenten der Uni Hamburg; ein Brief der "Roten Hilfe e.V.", Ortsgruppe Wedding Westberlin an Frau Routhier.

Solidarität

AN DAS ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN LENINISTEN

Liebe Genossen!

Wir erhielten soeben mit Schmerz und Zorn die Nachricht von der Ermordung des Genossen Günter Routhier in Duisburg, ein Mord, der verübt wurde von der deutschen Polizei, im Dienste der Reaktion.

Das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) möchte Euch im Namen aller ihrer Mitglieder unsere aufrichtigste internationale Solidarität übermitteln.

In jedem Augenblick haben unsere beiden Parteien bewiesen, daß sie durch enge Bande der Kameradschaft verbunden sind, Bande, die beruhen auf den unbezwinglichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus. In jedem Augenblick haben wir Eure Siege und Erfolge in Eurem harten Kampf gegen die deutsche Reaktion, gegen den US-Imperialismus, gegen den russischen Sozialimperialismus und gegen den modernen Revisionismus für Siege und Erfolge gehalten, die auch uns und alle Revolutionäre der Welt stärken. Genauso sind unsere Erfolge und Siege unter den schwierigen Bedingungen der faschistischen Illegalität auch Erfolge für Euch und für die gesamte internationale marxistisch-leninistische kommunistische Bewegung. Deswegen fühlen wir auch heute, in diesen traurigen Augenblicken den Schmerz über den Verlust eines Mitglieds der deutschen Avantgarde, des Genossen Günter Routhier, wie unseren eigenen.

Blutsbande einen unsere beiden Völker und unsere beiden Parteien. Niemals können wir vergessen, daß in den heldenhaften Internationalen Brigaden, die zusammen mit unserem Volk gegen die faschistischen Horden kämpften, die deutschen Freiwilligen einen Ehrenplatz einnahmen und mit ihrem Blut die Felder unseres Heimatlandes tränkten. Diese Bande sind unzerstörbar und werden immer gegenwärtig sein in unseren kameradschaftlichen und brüderlichen Beziehungen.

Die Tatsache, daß heute die deutsche Reaktion ihre repressiven Schläge gegen Eure Partei konzentriert, ist ein Beweis mehr für Euer Erstarken, der Richtigkeit Eures Kampfes, der Furcht des Klassenfeindes vor einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei. Aber die Verbrechen der Reaktion schwächen die wahrhaften Revolutionäre nicht, sondern sie geben noch mehr Kampfgeist und Mut, um unseren gemeinsamen Kampf gegen den Yankee-Imperialismus und die Reaktion im allgemeinen, gegen den russischen Sozialimperialismus und gegen seine revisionistischen Abteilungen, die in die Arbeiterbewegung eingedrungen sind, zu führen.

Noch einmal, liebe Genossen, wiederholen wir Euch unsere restlose Solidarität und unser tiefes Beileid für die Ermordung des Genossen Günter Routhier.

Vorwärts unter den roten und unbezwinglichen Fahnen des Marxismus-Leninismus!

Es lebe der aktive proletarische Internationalismus!

Madrid, Juli 1974
Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten).



Die Faschisierung des Staatsapparates

GEGEN DIE ARBEITERKLASSE UND IHRE PARTEI

Die Ermordung des Genossen Günter Routhier ist kein Einzelfall und kein "bedauerlicher Zufall", keine "Entgleisung der Polizei". Die Ermordung des Genossen ist das Ergebnis der Entfaltung eines systematischen faschistischen Terrors durch die Bourgeoisie. Ihre Fratze hat sie zuerst enthüllt im Zusammenhang mit der wilden terroristischen Verfolgung der RAF. Schon die Ermordung der Genossen Georg von Rauch und Thomas Weißbecker machten klar: Hier war die herrschende Klasse nicht darauf aus, Gegner hinter Gitter zu bringen, "Verbrecher" zu "bestrafen". Hier ging es um die physische Liquidierung des Gegners.

Und so ist es zu erklären, daß der Schotte Mc Leod unbedenklich durch seine geschlossene Schlafzimmertür nackt erschossen wurde. Er stand im "Verdacht" zur RAF zu gehören oder mit ihr zu sympathisieren. Und entsprechend der Vorgehensweise gegen diese Genossen wurde er umgelegt.

Und der grausamste Beleg für die Ziele der herrschenden Klasse gegenüber diesen Genossen ist die Isolierhaftfolter. Dutzende Gefangene sind dieser Folter unterworfen und so mancher ehemalige KZ-Häftling hat schon festgestellt: Die Isolierhaftfolter ist heimtückischer als vieles, was sich die Nazis für uns an Foltern ausgedacht hatten. Diese Folter zielt nur auf eines ab: Die Zerstörung der körperlichen und geistigen Gesundheit, die Vernichtung des Gegners auf "wissenschaftlichem" sterilem Wege.

Die Bourgeoisie ist mehr und mehr in die Enge getrieben. Jahrelang hat sie immer wieder erklärt: Die Revolutionäre seien ihr ja ganz egal, eine "kleine radikale Minderheit", wie es immer hieß, ganz ohne Einfluß. Nur wenn sie "kriminelle Delikte" beginge, müsse man sie bestrafen.

Doch je weiter der Kampf voranschritt, um so mehr ließen die Herren ihr Mäntelchen von der "Duldsamkeit" fallen. Beim jüngsten RAF-Prozeß wurde das erneut ganz deutlich: Gefängnis zwischen 8 und 13 Jahren für 6 Revolutionäre wegen "besonderer Gefährlichkeit", wie es in der Urteilsbegründung hieß, die laut Gericht darin besteht, daß diese Genossen "am Ziel des bewaffneten Umsturzes hartnäckig festhalten".

Hier wird klar: Die Angst vor der herannahenden Revolution, vor dem unausweichlichen Kampf um die Macht zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist es, die die Bourgeoisie zu ihren faschistischen Terrormaßnahmen treibt; die Angst vor ihrem nahen Untergang! Die Kapitalistenklasse verfolgt mit Schrecken, wie an immer mehr Stellen und immer häufiger die Funken der Rebellion aufglühen. Ob es beim Streik um Teuerungszulage ist, beim Kampf gegen Bombenabwurfplätze, gegen Mietwucher, gegen Fahrpreiserhöhungen. Es kommt immer öfter vor, daß sich bei solchen Kämpfen die Frage der Macht stellt und die Auseinandersetzungen weit über den ursprünglichen Anlaß hinausgreifen. Wie leicht kann aus einem solchen Funken eine

offene Rebellion der Massen werden, wie es 1968 im Mai in Frankreich geschah!

In dieser Lage stellen die organisierten Revolutionäre, stellt die Kommunistische Partei, die KPD/ML, eine immer gefährlichere Bedrohung der Bourgeoisie dar. Ihren wachsenden Einfluß will die Bourgeoisie zurückdämmen. Und sie beweist uns jetzt, daß sie nicht vor dem Versuch zurückschrecken wird, die Revolutionäre einfach zu vernichten, um ihre morsche Herrschaft noch ein Weilchen aufrechtzuerhalten. Immer wieder sind die Zeitungen voll mit Meldungen über die Pläne zu einem neuen Polizeigesetz, das endlich den Todesschuß, den gezielten Polizeimord, so wie er heute schon oft genug praktiziert wird, "legal" machen soll.



Mit Panzerwagen und Maschinenpistolen gegen "Gewalttäter" (gemeint sind alle die, die revolutionäre Gewalt gegen den Klassenstaat der Bourgeoisie anwenden).

Angesichts der Niederknüppelung des Trauerzuges zu Ehren von Genosse Günter Routhier bedauerte die Bildzeitung in einem Kommentar, daß es leider keine Möglichkeit gebe, die Festgenommenen dauerhaft hinter Gittern zu halten - also daß man keine KZs hat. Eine offene Aufforderung zur Einrichtung von Internierungslagern für Revolutionäre.

Besonders die letzten Wochen haben ein Schlaglicht auf die Entwicklung geworfen, die sich in Westdeutschland abspielt:
Günther Jendrian, Taxifahrer, wurde erschossen. Alle Lügenmärchen, er habe zuerst geschossen oder überhaupt geschossen, erwiesen sich als Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie. Man hat ihn abgeknallt, ganz einfach. Thomas Hytrek, Schüler, erfaßt von einem Wasserwerfer, der in die Menge der in Frankfurt gegen die Fahrpreiserhöhungen Demonstrierenden fuhr, um zu verletzen und zu töten, lag wochenlang bewußtlos In Hamburg erschlugen türkische Faschisten den Arbeiter und Antifaschisten Neset Danis, angestiftet von einem Funktionär des türkischen Konsulats. Sein Schlachtruf: "Wer seinen Gott liebt, der erschlägt die Kommunisten!" Der Mord erfolgte in Anwesenheit zweier deutscher Polizisten. Die herbeieilende Polizeiverstärkung nahm von einem Mordschläger, dem faschistischen Konsulatsbeamten Afer Özcanoglu, eine Liste in Empfang. Nach dieser Liste inhaftierte sie fortschrittliche Arbeiter.

Die Mörder, wie der von vielen identifizierte Kazim Gelgi, bleiben unangetastet. Die westdeutsche Bourgeoisie schützt sie vor dem Zorn ihrer Landsleute, indem sie fortschrittlichen türkischen Kolle-

gen die gerichtliche Auflage macht, diesem Mordschläger "nicht zu begegnen". Der Konsulatsfunktionär hat es deutlich ausgedrückt, worum es geht und was die westdeutsche Bourgeoisie unterstützt und selbst praktiziert: Kommunisten erschlagen, Revolutionäre umbringen, physisch liquidieren.

Im Sommer 1973, als die große Streikbewegung gegen Teuerung, für Teuerungszulage weite Teile der Arbeiterklasse erfaßte, schlug die Bourgeoisie mit Polizeigewalt Streiks nieder, am zügellosesten in Köln. Sie macht ihre Einsätze zu einer Demonstration ihrer Entschlossenheit, Blut fließen zu lassen. Sie läßt erkennen, daß sie notfalls nicht davor zurückschrecken wird, den Versuch zu unternehmen, revolutionäre und fortschrittliche Bewegungen in Blut zu ersäufen, um sich aus ihrer bedrängten Lage zu retten.

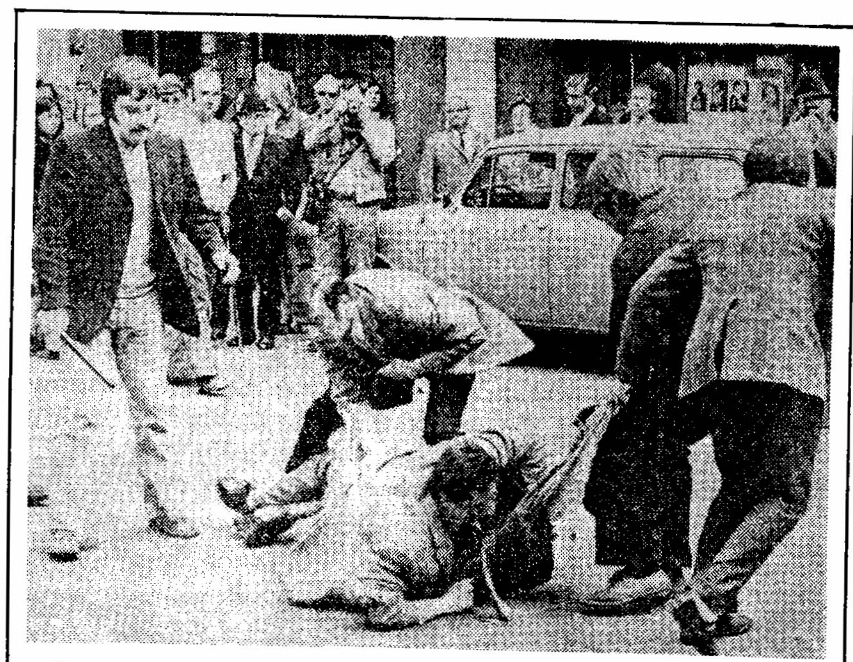

GREIFTRUPPS SCHLAGEN STREIKFÜHRER ZUSAMMEN

Bei Dutzenden von Demonstrationen, die von revolutionären und fortschrittlichen Organisationen durchgeführt wurden, vor allem aber bei solchen, zu denen die KPD/ML aufrief, konnte man es immer wieder sehen: Die Bourgeoisie war nicht darauf aus, die Dinge mit möglichst wenig Wirbel, möglichst geräuschlos und bedeutungslos zu halten. Sie war auf die Demonstration ihrer Gewalt aus.

Dies ist ein Eingeständnis ihrer Ohnmacht. Sie zeigt, daß sie außerstande ist, die Massen zu überzeugen und zu führen, sich auf sie zu stützen. Immer öfter demonstriert die Bourgeoisie, daß ihre Herrschaft einzig von ihren Gewehren aufrecht erhalten wird. Sie versucht den Eindruck zu erwecken, daß sie auch mit den breiten Volksmassen beliebig umspringen kann, um zu vertuschen:
Wenn das Volk aufsteht, dann sind diese Herren samt ihren Truppen ein verlorenes Häufchen.

Als der Kremlzar Breshnew Westdeutschland aufsuchte, nahm die Bourgeoisie dies zum Anlaß, eine faschistische Menschenhatz größten Ausmaßes zu veranstalten. Sie hetzte tausende von Menschen durch Dortmund und nahm an einem einzigen Tag 1 OOO fest, internierte sie in einem lichtlosen Bunker - die Bekundung ihres Willens, das bewährte KZ-System wieder anzuwenden. Hier sollte der Bürger sehen: Wenn du dich mit der Revolution einläßt, wirst du von skrupellosen Bullen, die alte Frauen zusammenschlagen, Kinder niedertrampeln, Menschen quälen, indem sie ihnen gezielt in die Geschlechtsorgane schlagen und treten, die foltern, vor nichts zurückschrecken, versuchen sie, dich mit faschistischer Gewalt daran zu hindern. Sie tun das nicht als "Entgleisung". Sie haben die "vollste

Rückendeckung der Behörden", wie Polizeipräsident Riwotzki nach der Menschenhatz verkündete.



5 zivile Polizeischläger schleppen einen Demonstranten fort. Ein Vorfall unter Hunderten in Dortmund während des Breshnew-Besuchs.

Aber der ganze Polizeiapparat konnte die Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Häuptling der Sozialimperialisten nicht verhindern. Und der Haß und die Abscheu über die Knüppelgarden überwog die Furcht der Werktätigen. Der Einsatz des Polizeiknüppels allein als Gewaltmittel reicht nicht mehr aus. Immer häufiger wird in letzter Zeit von hohen Polizeioffizieren und von Politikern mehr oder weniger offen die Polizei ermuntert, nun doch endlich einmal in eine Demonstration zu schießen.

Als in Frankfurt das kapitalistische Eigentum an Grund und Häusern, das Spekulationsinteresse gegen die Bevölkerung mit massivem Polizeiterror durchgesetzt werden sollte, und die Menschen - wie auch bei den Fahrpreisaktionen - nicht stillhielten, sondern offen und klar die fortschrittlichen Teile der Arbeiterklasse und der Werktätigen praktisch die Frage aufwarfen: Wer hat die Macht auf der Zeil? da gaben sie unmißverständlich zu verstehen, daß sie schießen werden, früher oder später, aus Furcht, daß morgen die Arbeiterklasse geführt von der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, die Frage stellen wird:

WER HAT DIE MACHT IM STAAT?

Da gingen sie vor nach dem Motto: Verletzen, Schmerzen zufügen, terrorisieren, Angst und Schrecken verbreiten. Nichts anderes sollten die Knüppeleinsätze bei Ford in Köln, bei Pierburg in Neuß, bei Hella in Lippstadt. Und es war gewiß kein Zufall, daß diese Einsätze gegen Arbeiter verbunden wurden damit, daß der Versuch unternommen wurde, Ausländer-Feindlichkeit und Fremdenhaß zu schüren und Chauvinismus zu säen. "Der Bürger muß sich an Polizei mit Maschinenpistolen auf der Straße gewöhnen, wie ans Steuerzahlen", erklärte jüngst der NRW-Innenminister Willy Weyer. Und der Bürger soll sich auch an deren Gebrauch gewöhnen.

Die letzten Monate brachten dutzende von Ereignissen, die zeigten, wohin die Bourgeoisie steuert. Sie zeigten, daß über den Staatsapparat von der herrschenden Klasse schleichend der Faschismus eingeführt werden soll. Anders kann sie ihre Macht

nicht mehr sichern. Die voranschreitende Faschisierung ist das Eingeständnis, daß die Fundamente der Herrschaft der Bourgeoisie unter dem Druck der fortschrittlichen und revolutionären Bewegung zu brechen drohen, das Eingeständnis ihrer Schwäche.

Wir haben Kostproben von Einzelmaßnahmen erlebt: Hier eine Erschießung, da eine Menschenjagd mit Internierung von Hunderten, dort planmäßiges Terrorisieren von Demonstranten, faschistische Gesinnungsjustiz, Isolationsfolter, Menschenversuche nach KZ-Manier.

In Duisburg erreichte dies alles seinen vorläufigen Höhepunkt. Das, was vorher jeweils als einzelnes Merkmal aufgetreten war - hier kam alles zusammen. Hier war der Ausgangspunkt, der Versuch, den Kampf der Mannesmann-Arbeiter zu unterdrükken. Hier wurde die Gesinnungsjustiz der Bourgeoisie gegen einen Kommunisten scharfgemacht, und es sollte nicht mal mehr der Anschein erweckt werden, es handele sich um eine "überparteiliche" Instanz der Gerechtigkeit. Hier wurde offen die bürgerliche Klassenjustiz demonstriert, und als die Kommunisten und ihre Sympathisanten sich dagegen empörten, wurde der Genosse Routhier kaltblütig erschlagen, als Zeichen, daß die herrschende Klasse Blut sehen will. Hier wurde die Presse gleichgeschaltet und Nachrichtensperre verhängt. Hier gab es Nacht- und Nebelaktionen in Gestapo-Manier, dutzende Verhaftungen, Mißhandlungen auf der Wache, gezückte Pistolen, Knebelketten, Unterleibsschläge. Hier wurden Wohnungen durchsucht, Autos aufgebrochen und beschlagnahmt, Straßensperren errichtet, Gesichtskontrollen durchgeführt. Hier rollte eine Bürgerkriegsarmee an und demonstrierte:

Der Mord an Günter Routhier war erst der bescheidene Anfang. Es ist fast ein Zufall zu nennen, daß bei der Niederknüppelung des Trauerzuges und dem anschließenden Terror keiner zu Tode kam. Hier wurde Menschenhatz im Großen veranstaltet. Es waren nicht "die Juden" und nicht "die Ausländer", diesmal waren es "die in schwarzen Anzügen".

Die Bourgeoisie wollte eine Schlacht, wollte Blut. Was in den vergangenen Monaten immer wieder als Einzelfälle vorkam, wurde hier zum System vereinigt und planvoll eingesetzt. Hier wurden wichtige Mittel innerhalb von zehn Tagen eingesetzt, die die Bourgeoisie sich als Terrormittel geschaffen hat, um jedem zu zeigen:
Wenn du dich uns entgegenstellst, wenn du aufmuckst, wenn du für ein besseres Leben kämpfen willst, machen wir dich gnadenlos nieder, dann wollen wir dein Blut.

Aber die Bourgeoisie hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie wollte Furcht und Schrecken säen, sie wollte das Gefühl der Ohnmacht eingeben. Doch das Entsetzen schlug um in Haß, in Abscheu vor den feigen Mördern und in Kampf zur Unterstützung der Revolutionäre. Was die Menschen entmutigen sollte, stachelte sie an zum Kampf. Was Kämpfer aus unseren Reihen reißen sollte, führte dazu, daß sich nur noch mehr anschlossen. Was den Mut der Revolutionäre brechen sollte, schweißte die Partei der Arbeiterklasse zusammen.

Die geplante Demonstration der Macht wurde zur Demonstration der ohnmächtigen Wut der Bourgeoisie über den stets wachsenden, unaufhaltsamen Einfluß des Kommunismus unter den werktätigen Massen. Wo die Bourgeoisie unsere Reihen schwä-



Vom ersten Tag ihrer Gründung an kämpfte die KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Die Partei propagierte unermüdlich, daß dieses Ziel nur durch die proletarische Revolution erreicht werden kann.

chen wollte, bewirkte sie, daß Tausende an Günters Grab schworen:
Wir werden ein Ende machen mit der Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft, der unser Genosse zum Opfer fiel! Nie werden wir unseren gefallenen Genossen vergessen. Sein Tod wird nicht ungesühnt bleiben, er war nicht umsonst!

Die Bourgeoisie hat bei dem heimtückischen Mord an Genossen Günter Routhier und den folgenden Terrormaßnahmen erneut klar gezeigt, daß sie zur Unterdrückung der revolutionären Kämpfe immer häufiger faschistischen Terror ausübt, ihre demokratische Fassade ihres Systems immer mehr abbröckelt, daß sie systematisch die Faschisierung vorantreibt. Hier dürfen wir keinerlei Illusionen darüber haben, daß sie keinen Moment zögern wird, die offene, terroristische Form ihrer Diktatur, den Faschismus, zu errichten, wenn sie ihre Herrschaft akut gefährdet sieht. Hier zeigt sich klar die Aufgabe, dem geplanten Faschismus mit der sozialistischen Revolution zuvorzukommen.

Mit ihrem faschistischen Terror hat die Bourgeoisie ein Zeichen gesetzt, und das für jeden fortschrittlichen Menschen, für jeden Revolutionär

<u>NUR DIE REVOLUTION MACHT UNS FREI!</u>

Wie Genosse Günter es als seinen letzten Willen ausgedrückt hat:

<u>"HIER KANN MAN NICHT ÜBERZEUGEN, HIER MUSS MAN UM SEIN LEBEN KÄMPFEN, WENN MAN SELBST LEBEN WILL!"</u>

Warum dieser Polizeiterror und Mord im Gerichtssaal?

Genosse Günter Routhier erlag Verletzungen, die ihm Schlägertrupps der Polizei bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg zugefügt hatten. Ist das ein Zufall, daß dieser Mord in einem Gerichtssaal dieses Staates verübt wurde? Nein, es ist kein Zufall! In den letzten Jahren, wo sich der Klassenkampf in der Deutschen Bundesrepublik wie in der ganzen Welt verschärft hat, wurde die westdeutsche Bourgeoisie durch den Kampf zahlreicher Revolutionäre, besonders durch unsere Partei, die KPD/ML, vor Gericht gezwungen, zum Terror Zuflucht zu nehmen und das Wesen ihrer gegen das Volk gerichteten Gewaltherrschaft auch im Gerichtssaal noch offener zu enthüllen. Justizpaläste wurden von Polizeiketten abgeriegelt, Fenster von Gerichtssälen vermauert, die Prozeßzuschauer einer totalen Leibesvisitation unterzogen. Im Prozeß gegen Astrid Proll wurde sogar die ganze Stadthalle in Frankfurt-Sindlingen umgebaut. Brutale Polizeieinsätze gegen die Prozeßzuschauer, z.B. bei den Prozessen zum Roten Antikriegstag in München 1972, bei den Prozessen gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, im Osswald-Schulte-Prozeß. Seit ihrem ersten Prozeß, den die Partei gegen die bürgerliche Klassenjustiz geführt hat, waren die Justizbüttel fast immer gezwungen, mit Polizeiterror und Ordnungsstrafen vorzugehen:

Ständig wartet ein Heer von Bereitschaftspolizei in den Nebenräumen der Gerichte, abrufbereit, wenn die Herren in den schwarzen Roben aus Ohnmacht gegenüber der Anklage der Revolutionäre und der Partei ihre liberale Maske fallen lassen und mit brutalem Terror das "Recht" ihrer kapitalistischen Auftraggeber durchzusetzen versuchen. All diese Aktionen zeigen, daß der Klassenkampf im Gerichtssaal nicht aufhört, sondern im Gegenteil in besonderer Schärfe weitergeht.

Unsere Partei, die KPD/ML, hat von Anfang an die Justiz als Teil des bürgerlichen Unterdrükkungsapparats entlarvt. Sie hat die Lügen der modernen Revisionisten, insbesondere der D"K"P, von der neutralen, über den Klassen stehenden Justiz auf das schärfste bekämpft. Genausowenig wie es einen neutralen über den Klassen stehenden Staat gibt, genausowenig gibt es eine neutrale über den Klassen stehende Justiz.

Es ist kein Zufall, wenn die Hersteller des Schlafmittels Contergan, die dieses Medikament auch noch vertrieben hatten, als die verstümmelnde Wirkung auf die Kinder im Mutterleib schon bekannt war, ohne Strafe ausgingen, daß der Prozeß gegen sie wegen Belanglosigkeit eingestellt wurde, während ein Münchener Lehrling als Strafe für mehrmaliges Schwarzfahren in der Straßenbahn ein halbes Jahr eingesperrt wurde. Es ist kein Zufall, wenn Giftmüllverbrecher, die das Leben von Tausenden gefährden, von dieser Justiz nie zur Verantwortung gezogen werden; wenn Polizeimörder wie Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg bei einer Anti-Schah-Demonstration 1967 in Berlin ermordete, wie der Polizeimörder des Dortmunder Lehrlings Dobhardt, wie zahlreiche andere Mörder in Polizeiuniform von den Gerichten dieses Staates nicht nur nicht bestraft, sondern verteidigt und

ihre Verbrechen öffentlich gerechtfertigt werden. Das herrschende Recht in diesem Staat ist das Recht der Herrschenden, ist das Recht der Bourgeoisie und das Unrecht gegen die Arbeiterklasse und das werktätige Volk.

Im Interesse der Bourgeoisie ist es, wenn Revolutionäre wie der Genosse Hoppe zu 10 Jahren, der Genosse Mahler zu 12 Jahren, oder die Genossinnen Berberich, Asdonk, Grusdat, Baecker, Schubert und Georgens zu insgesamt 61 Jahren Gefängnis verurteilt werden. In ihrem Interesse ist es, wenn gegen Teilnehmer des Roten Antikriegstags in München 1972 insgesamt bereits 10 Jahre Gefängnis verhängt wurden. Im Interesse der Bourgeoisie, der Krupp und Thyssen und Konsorten ist es, wenn die Justiz mit tausenden Mark Geldstrafen gegen die revolutionäre Agitation und Propaganda, besonders der der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, vorzugehen versucht.

Im Februar und März dieses Jahres fand in Dortmund der Prozeß gegen die Genossen Osswald und Schulte statt. Dieser Prozeß richtete sich insbesondere gegen die KPD/ML. Die Bourgeoisie machte den Versuch, die Partei als "kriminelle Vereinigung" zu verbieten. Als Beweis für den "kriminellen" Charakter der Partei sollten ausgesuchte Zitate aus der "Roten Fahne", dem Zentralorgan der inzwischen aufgelösten "Gruppe Rote Fahne Bochum" herhalten. "Kriminell" war für den Staatsanwalt Morée, diesen hervorragenden Wachhund der bürgerlichen Ausbeuterordnung, vor allem die Propagierung der gewaltsamen Revolution des Proletariats und der Errichtung der proletarischen Diktatur über die Ausbeuterklasse. "Kriminell" war für ihn gerade diese entscheidende Lehre der internationalen Arbeiterbewegung, die die "Gruppe Rote Fahne Bochum" verwässerte und die hier bei uns in letzter Konsequenz nur unsere Partei, die KPD/ML, vertritt.

Bereits aus der Anklageschrift war ersichtlich, daß mit einem Urteil gegen die aufgelöste GRFB ausgeholt werden sollte zu einem Schlag gegen die KPD/ML und ihre revolutionäre Linie. Die Partei erkannte rechtzeitig die Gefährlichkeit dieses von der Bourgeoisie geplanten Schlages. Sie machte die breite proletarische Öffentlichkeit darauf aufmerksam und zwang die Bourgeoisie und ihre Klassenjustiz, die Verurteilung als "kriminelle Vereinigung" fallen zu lassen.

Dieser Prozeß zeigte, wie viele andere vor ihm,

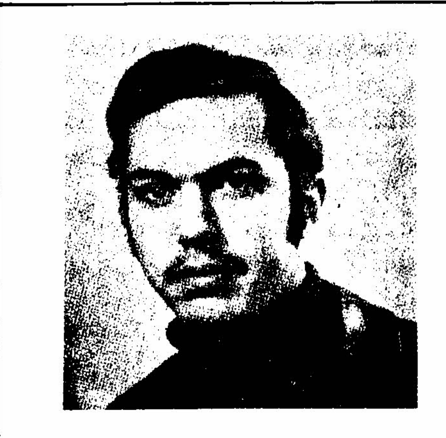


Polizeieinsatz gegen einen Agitproptrupp der Partei und der Roten Hilfe am letzten Prozeßtag gegen die Genossen Oßwald und Schulte

die ganze Schwäche der Bourgeoisie. Um sich gegen die anwachsende revolutionäre Bewegung und besonders gegen deren Ausrichtung und Organisierung durch die Kommunistische Partei, die KPD/ML, zu verteidigen, ist die Bourgeoisie gezwungen, solche Prozesse anzustreben. Durch den revolutionären Kampf der Partei vor Gericht und in der Öffentlichkeit werden diese Prozesse jedoch zu einem Bumerang für die Bourgeosie.

Tausende von Menschen, die vorher wenig oder nichts von der Partei wußten, haben gerade auch durch die revolutionären Kämpfe unserer Partei vor Gericht Sympathien für den Kommunismus und die KPD/ML gewonnen. Die durch revolutionäre Agitation und Propaganda aufgerissene Wunde des Klassengegners, der Bourgeoisie, für die sie sich in den Prozessen zu rächen sucht, wurde durch die revolutionäre Prozeßführung weiter aufgerissen und vertieft. Nicht als Angeklagte, sondern als Ankläger des unmenschlichen kapitalistischen Systems und seiner Klassenjustiz standen unsere Genossen vor Gericht; und im Rücken hatten sie ihre Partei und die Solidarität von tausenden fortschrittlichen Menschen. In diesem Sinne hat die KPD/ML die Lehre des Genossen Mao Tsetung beherzigt und befolgt: "WENN DER FEIND UNS BEKÄMPFT, IST DAS GUT UND NICHT SCHLECHT."
Wenn der Feind versucht hat, uns Schläge zu versetzen, haben wir ihm noch stärkere versetzt. Dieses revolutionäre Gesetz des Klassenkampfes wird unsere Partei auch weiterhin unerbittlich befolgen.

Einen gewaltigen Schlag versucht uns der Klassenfeind zu versetzen, indem er den Genossen Sascha Haschemi, einen 19 jährigen Rotgardisten aus München, den persischen Henkern des Schah-



Genosse Sascha Haschemi



Demonstration für Freiheit und Einbürgerung von Genossen Sascha Haschemi in München

regimes ausliefern will. Sascha wurde von einem Gericht dieses Staates wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Die Tatsache, daß Saschas Vater Perser ist und er dadurch die persische Staatsangehörigkeit hat (seine Mutter ist Deutsche), versucht die Bourgeoisie auszunutzen, um Sascha jetzt als "kriminellen Ausländer" nach Persien abzuschieben. Dabei ist der Bourgeoisie und ihrer Klassenjustiz sehr wohl bekannt, daß Sascha seit seiner Kindheit in Deutschland lebt, nur deutsch und nicht persisch sprechen kann, er in Wirklichkeit Deutscher ist. Weil Sascha jedoch Kommunist ist, Vorkämpfer des Proletariats gegen die kapitalistische Diktatur, deswegen schreckt die bürgerliche Justiz auch vor so einem gewaltigen Verbrechen wie der Auslieferung an das Schahregime, die einem Todesurteil gleichkommt, nicht zurück. Doch die Partei hat den Kampf längst aufgenommen und sie wird die Auslieferung des Genossen Sascha nach Persien verhindern. Sascha lebt derzeit im Untergrund.

Die modernen Revisionisten der D"K"P versuchen vielfach, die brutalsten Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz gegen das Volk als "Einzelfälle" oder als "Übergriffe einzelner Richter" hinzustellen. Im Auftrag der Kapitalistenklasse, deren gefährlichste Agenten sie in der Arbeiterklasse sind, versuchen sie, die Massen an die bürgerlichen Machtorgane zu fesseln. Mit ihrer Forderung nach fairen Prozessen und der Verhinderung einer breiten Massensolidarität propagieren sie die Politik der Klassenversöhnung und wollen das Proletariat und seine Revolutionäre wehrlos den Schlachtmessern der bürgerlichen Klassenjustiz ausliefern. Am deutlichsten wird das konterrevolutionäre Wesen dieser Wegbereiter des Faschismus, **wenn sie offen die Terrorurteile gegen Revolutionäre gutheißen.**

Die KPD/ML hat seit ihrem Bestehen diesen Verrat der D"K"P gerade auch im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz immer entlarvt. Sie ließ und läßt sich auch weiterhin nicht beirren, der bürgerlichen Klassenjustiz die Maske der "Neutralität" vom Gesicht zu reißen und deren Rolle als barbarisches Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse zu entlarven.

Gerade die Ermordung unseres Genossen Günter Routhier im Gerichtssaal ist für unsere Partei Anlaß, den Haß der unterdrückten Massen gegen dieses System zu schüren und aufzuzeigen, daß gerade auch im Gerichtssaal nicht Bitten und Betteln oder Überzeugenwollen der kapitalistischen Gerichtslakaien hilft, sondern nur der revolutionäre Klassenkampf. Wie alle Teilorgane des bürgerlichen Unterdrückungsapparats muß auch die bürgerliche Klassenjustiz vom Proletariat in der sozialistischen Revolution gewaltsam zerschlagen werden.

Die Reaktionen der Bourgeoisie auf den Kampf der Partei im Gerichtssaal zeigen, daß die Partei den richtigen Weg geht. Die Bourgeoisie plant neue Gesetze, die für die Störung der "Ruhe und Ordnung" im Gerichtssaal hohe Gefängnisstrafen vorsehen, sie verurteilt Genossen zu vielen Tagen "Ordnungsstrafe", sie läßt die Knüppelhorden der Polizei in die Zuschauer einschlagen. Wie ein getroffener Tiger schlägt sie wild um sich. Aber eins ist gewiß:
Je schärfer und brutaler ihr Terror, desto näher **der Tag der Abrechnung mit den Verantwortlichen dieses Systems, desto näher** die Zeit, wo die Rich-

ter, die so lange gegen das Volk gerichtet, selbst vom Volk gerichtet werden, wo das Urteil lauten wird: SCHULDIG!

SCHULDIG! SCHULDIG AM MORD VON SO VIELEN!

SCHULDIG AM MORD VON GENOSSEN ROUTHIER!

RACHE FÜR DEN GENOSSEN GÜNTER ROUTHIER!

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

ES LEBE DIE PROLETARISCHE DIKTATUR!



Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, spricht auf einer Parteiveranstaltung in Kiel gegen die zunehmende politische Unterdrückung.

Genosse ERNST AUST

TOD DEM FASCHISMUS!

Wir veröffentlichen Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Aust „Tod dem Faschismus", die der Vorsitzende unserer Partei auf der Duisburger Veranstaltung, nachdem wir unseren von der Polizei ermordeten Genossen Günter Routhier zu Grabe getragen hatten, halten wollte. Zu Beginn geht Genosse Aust auf die Ermordung des Kommunisten Günter Routhier ein: Genosse Routhier fiel im Kampf für die Interessen des Volkes, er wird wie alle gefallenen Kämpfer der Arbeiterklasse immer im Herzen der revolutionären Arbeiter sein. Angesichts dieses brutalen Mordes der Polizei, stellen sich viele Menschen die Frage: „Schreiben wir bereits wieder das Jahr 33? Steht der Faschismus wieder vor der Tür?" Auf diese Fragen gab Genosse Aust im Hauptteil seiner Rede eine Antwort:

Genossen, wie Ihr wißt, gibt es in unserem Land einige Leute, die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen und sagen: Die Analyse, „Die Tendenz der heutigen Weltentwicklung ist die Revolution und der Sieg des Sozialismus" mag ja ganz allgemein, z. B. in den Ländern der Dritten Welt, ihre Gültigkeit haben, aber auf Westdeutschland trifft sie nicht zu. Wir haben bei uns keine revolutionäre Situation.

Nun, was das letztere betrifft, haben sie zweifellos recht. Eine revolutionäre Situation ist gegeben, wie Lenin es formulierte: wenn „die ‚unteren Schichten' in alter Weise nicht leben wollen", und „die ‚oberen Schichten' in alter Weise nicht leben können".

Von solch einer Situation kann bei uns natürlich zur Zeit keine Rede sein. Wie schnell aber solch eine Situation auch in hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern heranreifen kann, hat uns der Mai 1968 in Frankreich gezeigt. Was jedoch die Analyse, „die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution..." betrifft, so hat sie für uns, wie in aller Welt, Gültigkeit. Oder wollen die Herren, die ihre Gültigkeit leugnen, etwa behaupten, die allgemeine Krise der kapitalistischen Welt wirke sich auf Westdeutschland nicht aus? Wollen sie ernsthaft in Zweifel ziehen, daß sich die Klassenkämpfe bei uns in den letzten Jahren beträchtlich verschärft haben?

Natürlich verläuft die Entwicklung nicht gleichmäßig, stetig anwachsend. Eher könnte man die Entwicklung mit

Wellen vergleichen. Die revolutionäre Studentenbewegung von 1968, die Septemberstreiks von 1969, die gewaltigen Bauerndemonstrationen von 1971 und 1972, die Streikwelle Ende 1972 / Anfang 1973, die spontanen Auguststreiks vom letzten Jahr. Nicht nur, was ihren Umfang betrifft, sondern auch in der Qualität werden diese Wellen immer höher und stärker. Das sieht man, wenn man die Septemberstreiks von 1969 mit den Auguststreiks von 1973 vergleicht. Beide waren spontan, richteten sich gegen den von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung diktierten Tariffrieden. Doch während die Septemberstreiks von 1969 sich noch fast ausschließlich im ökonomischen Bereich bewegten, wurden die Auguststreiks von 1973 nicht nur mit größerer Entschlossenheit und Erbitterung geführt, erfolgten Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Betriebe, wurden Fabrikhallen besetzt, sondern zunehmend tauchten auch schon politische Losungen und Forderungen auf.

Sicher gelang und gelingt es den Agenten im Lager der Arbeiterklasse, den modernen Revisionisten der D„K"P und „linken" Sozialdemokraten immer wieder, den Kampf der Arbeiter zurückzuzerren, indem sie mit der Ideologie des friedlichen Übergangs versuchen, die Arbeiterklasse politisch, ideologisch, organisatorisch und militärisch zu entwaffnen, sie so gegenüber dem Faschismus wehrlos machen wollen. Die D„K"P ist keine antifaschistische Kraft, sie ist im Gegenteil der Wegbereiter des Faschismus. Ohne den Einfluß des modernen Revisionismus zu brechen, ohne die breiten Teile der Werktätigen dem Einfluß der anderen bürgerlichen Ideologien zu entreißen, wird es auch in einer revolutionären Situation nicht möglich sein zu siegen.

Noch haben wir keine revolutionäre Situation, noch sind Not und Elend der unterdrückten Klassen nicht über das Maß hinausgewachsen, so daß sie, die sich in „friedlichen" Epochen noch ausplündern lassen, auf die Barrikaden steigen. Doch wie steht es mit den „oberen Schichten", der herrschenden Klasse, können sie noch so leben, so herrschen wie bisher?

Ohne Zweifel hat sich auch hier etwas verändert und ändert sich laufend. Oder ist es etwa normal im Leben der Herrschenden, war es schon immer so, daß sich ihre prominentesten Vertreter ohne Leibwache, ohne ihre „Gorillas" nicht mehr unter das Volk wagen? Daß sie ihre Villen und Bungalows mit Alarmanlagen und Wachen sichern müssen, wie beispielsweise Konzernboß Springer, dessen Herrensitz in Hamburg-Blankeneese einer bewachten Festung gleicht. Oder nehmen wir ihre Staatsbesuche. Wieviele zigtausend Polizisten werden aufgeboten, Truppeneinheiten in Alarmbereitschaft versetzt, wenn sich z. B. Staatsoberhäupter wie Nixon oder auch Breschnew auf unseren Straßen bewegen.

Oder nehmen wir nur Ereignisse wie die olympischen Spiele oder die jetzige Fußballweltmeisterschaft. Sahen die schon immer so aus? Schaut Euch in den Stadien um, wo ihr hinblickt Polizisten, die tausende in Zivil nicht mitgerechnet. Die Quartiere der Mannschaften hermetisch abgeriegelt. Selbst bürgerliche Zeitungen jammern: Ausländische Besucher der WM müßten ja den Eindruck gewinnen, daß die Bundesrepublik ein Polizeistaat sei.

Nein, den Herrschenden in der kapitalistischen wie der revisionistischen Welt fällt es zunehmend schwerer, ihre bisherige Lebensweise wie auch die Form ihrer Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten. **Am liebsten ist es der Bourgeoisie, am stärksten ist sie, wenn sie den ungetrübten Schein einer persilweissen sogenannten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie aufrechterhalten kann.** Dann läßt sie sogar legale kommunistische Parteien zu. Doch wie weit sind wir von solch einem Zustand entfernt.

Wo in der Welt, außer in sozialistischen Ländern wie China und Albanien, gibt es denn noch legale marxistisch-leninistische, kommunistische Parteien? Damit sind natürlich nicht die sich „kommunistisch" nennenden revisionistischen Parteien wie die „K"PF, die „K"PI, die D„K"P und die Trotzkisten der vierten und viereinhalbten Internationale etc. gemeint. **Ihre Existenz ist für die Bourgeoisie angesichts der sich weltweit verschärfenden Klassenkämpfe von geradezu lebenswichtiger Bedeutung.** Nein, wir meinen hier unsere revolutionären, marxistisch-leninistischen Bruderparteien Der größte Teil von ihnen, z. B. in Lateinamerika, lebt in der Illegalität oder wie in Europa in einem Zustand der Halblegalität, es sei denn, sie sind noch zu klein und zu schwach, daß die Kapitalisten in ihnen keine augenblickliche Gefahr sehen. Selbst in den nordischen Ländern, den „Musterländle" der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, verschärft sich die Verfolgung der Marxisten-Leninisten. In tiefster Illegalität arbeiten und kämpfen auch die Marxisten-Leninisten in den revisionistischen Ländern.

Nicht nur wir haben, auch die Bourgeoisie hat gelernt. Je mehr sich ihre Herrschaft weltweit ihrem Ende nähert, um so härter werden ihre Abwehrmaßnahmen, um so offener greifen sie zur Form der faschistischen Herrschaft. In der Epoche des Imperialismus führt die Verschärfung der Klassenkämpfe und die Zunahme der Elemente des Bürgerkrieges zum Faschismus, zur offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Wobei der Weg zur Errichtung des Faschismus, den das Finanzkapital geht, recht verschiedenartig sein kann. Die klassische Form der Errichtung des Faschismus war die, wie in Italien und Deutschland über den Weg einer faschistischen Massenpartei, faschistischer Kampfverbände etc., wobei in Deutschland die Faschisten sogar durch den Parlamentarismus „ganz legal" an die Macht gelangten. **Diese Art der Errichtung des Faschismus aber setzt das Vorhandensein sozial deklassierter kleinbürgerlicher Elemente, die — wie Lenin betonte — aufgrund ihrer Klassenlage zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein schwankendes Element darstellen, das auch vom Faschismus gewonnen werden kann, in beträchtlicher Zahl voraus.** Die Lage nach dem I. Weltkrieg in Italien, die millionenfache Ruinierung kleinbürgerlicher Existenzen während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 33 in Deutschland boten gute Voraussetzungen hierfür.

Wie und auf welche Art das Finanzkapital heute seine offene faschistische Herrschaft errichtet, ob auf dem Weg über einen Staatsstreich, einen Militärputsch wie in Griechenland, oder einer Faschisierung auf kaltem Wege, Schritt für Schritt, hängt von den Umständen ab. In Italien beispielsweise, wo es im Verhältnis zur Bundesrepublik noch viel mehr kleinbürgerliche Existenzen, kleine Kaufleute, Handwerker, kleine Unternehmer, sogenannte Patrones, gibt, deren Existenz durch die allemeine Krise des Kapitalismus — wie sie sich beispielsweise in der Währungskrise äußert — zunehmend gefährdet wird, besteht die Gefahr eines Militärputsches. Anders als in Westdeutschland heute, besteht in Italien eine relativ starke, offen faschistische Partei.

Wer dagegen bei uns die Hauptgefahr zur Errichtung der offen faschistischen Diktatur — wie die Revisionisten behaupten — in der NPD oder einem sogenannten „Rechtskartell" sieht, lenkt vom eigentlichen Gegner ab. Natürlich werden wir — anders als die Revisionisten — die frech und offen auftretenden alten und neuen Nazis in ihre Schranken verweisen. Doch das ist eine Nebenaufgabe in unserem Kampf gegen die Refaschisierung. **Die Hauptaufgabe in dieser Hinsicht, wie sie sich in unserer Losung „Tod dem Faschismus" ausdrückt, heißt ihn dort anzugreifen, wo er seine Machtpositionen hat: in Staatsapparat und Regierung.**

Zu keiner Zeit mehr nach Verabschiedung der Verfassung, des Grundgesetzes im Jahre 1949, hat es in Westdeutschland und Westberlin solche demokratischen Rechte gegeben, wie sie noch in der Weimarer Republik existierten. Entgegen, unter Bruch des Potsda-

mer Abkommens, in dem es hieß: „Alle nazistischen Gesetze, welche ... eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden", führte die Bourgeoisie durch das 1. Strafrechtsänderungsgesetz (Blitzgesetz) gerade solche Nazigesetze wieder ein. Wer den Imperialismus entlarvt, sein räuberisches, menschenfeindliches Wesen aufzeigt, verleumdet nach dem bürgerlichen Gesetz die Bundesrepublik und ihren Staat und wird entsprechend bestraft. Das KPD-Verbots-Urteil tat ein Übriges. Nach diesem Urteil kann unsere Partei als Nachfolgeorganisation der KPD jederzeit verboten werden.

Mancher Genosse mag Bedenken haben davon zu sprechen, daß eine SPD/FDP-Regierung die Faschisierung vorantreibt bzw. möglicherweise den Faschismus errichten wird, mag einwenden, daß man von einer Faschisierung erst dann sprechen könne, wenn die revolutionäre Bewegung vollständig unterdrückt, in die Illegalität gezwungen, die legalen Organisationen des Proletariats zerschlagen sind.

Genau das entspricht nicht der Realität. Wer hat sich denn die sogenannten Notstandsgesetze in die Schublade gelegt, die bei ihrer Anwendung unter dem Deckmantel der bürgerlichen Legalität die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur ermöglichen? Doch wohl SPD/FDP und CDU/CSU gemeinsam. Wer hat die Ausgaben für den Ausbau des Heeres, vor allem aber für die Polizei, Grenzschutz, Verfassungsschutz und Geheimdienste um ein Mehrfaches gesteigert? Doch wohl die SPD/FDP-Regierung. Unter wem wurden die sogenannten MEKs, im Volksmund „Mordeinsatzkommandos", diesen auf die physische Vernichtung des Gegners abgerichteten Killern ins Leben gerufen? Doch wohl unter Brandt und Genscher.

Wir müssen die Errichtung des Faschismus bei uns als einen längeren Prozeß der Faschisierung, des ständigen Abbaus, der Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes betrachten, dessen qualitativer Sprung wohl bei der Anwendung der Notstandsgesetze liegen wird. Aber auch das läßt sich nicht so einfach sagen. Es ist für den Faschismus nicht immer nötig, legale Organisationen des Proletariats, wie z. B. 1933 die Gewerkschaften, zu zerschlagen. Er kann sie auch teilweise übernehmen. Wie weit dies der Herrschaft des Finanzkapitals heute bereits gelungen ist, wissen wir. Die DGB-Führung ist bereits heute ein Teil des imperialistischen Staatsapparates.

„Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d. h. der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kader", stellte das Programm der Kommunistischen Internationale 1928 fest. Das gilt auch heute noch. Gegen wen richtet sich denn angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe bei uns der Terror der Bourgeoisie? Wie vor 1933 gegen die kommunistischen Schichten des Proletariats, vor allem gegen die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei. Stetig verstärken sich die Rausschmisse, die fristlosen Entlassungen aus den Betrieben, die Ausschlüsse aus der Gewerkschaft. Verstärkt sich die Verfolgung unserer Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer. Nimmt die Zahl der Festnahmen, erkennungsdienstlichen Behandlungen, Verhaftungen, die Zahl der Prozesse ständig zu. Demonstrationsverbote und brutaler Polizeiterror sind ein weiterer Ausdruck der stetigen Faschisierung.

Ein Verbot unserer Partei wird, wie aus Kreisen der Innenminister verlautet, z. Z. aus Opportunitätsgründen noch nicht erwogen. Opportunitätsgründe? Was heißt das? Das heißt aus Gründen der Nützlichkeit, der Zweckmäßigkeit Wieso erscheint es der Bourgeoisie zur Zeit zweckmäßig, unsere Partei, ihren konsequentesten Gegner, noch nicht zu verbieten? Weil sie es für zweckmäßig hält, neben den Nadelstichen der ständigen Prozesse, die Mitglieder unserer Partei, ihre Organisationsstruktur kennenzulernen. Wie ihr wißt, haben sich die Observationsmethoden der Polizei ständig verbessert, wird ein Heer von Spitzeln und Agenten aufgeboten, um die revolutionäre Bewegung in unserem Land zu beobachten und zu zersetzen. Wie ihr wißt, existieren nicht nur „schwarze Listen" in den Betrieben, sondern befindet sich zur Zeit auch eine zentrale Computerkartei im Aufbau, in der schon drei Millionen Bundesbürger registriert sind. In ihr befinden sich auch abrufbereit die Namen aller, die der Bourgeoisie politisch aufgefallen sind. Abrufbereit, um im Falle einer revolutionären Situation, der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur die Registrierten in die KZs einzuliefern bzw. zu ermorden.

Hier zeigt sich, daß die Legalität für die Partei eine Falle ist, die ihr die Bourgeoisie stellt. Und sie tappt hinein, wenn sie sorglos ist, wenn sie die notwendigen Regeln der Konspiration nicht beachtet, wenn sie die Mitglieder und Kader der Partei der Bourgeoisie namentlich preisgibt. Natürlich kommen wir, um die Möglichkeiten der Legalität zu nutzen, nicht drum herum, Mitglieder unserer Partei mit Namen zu nennen. Doch muß ihre Zahl so gering wie möglich gehalten werden.

Das heißt jedoch keinesfalls unsere kommunistische Agitation und Propaganda im Betrieb und der Öffentlichkeit einzuschränken, nicht als beste Kämpfer an der Seite unserer Kollegen zu stehen. Entschieden müssen wir jeden Versuch zurückweisen, die Partei zu einer von den Kämpfen der Massen isolierten Sekte zu machen, die in den Studierzimmern die Revolution vorbereitet. Einen Kampf ohne Opfer kann es nicht geben – von Entlassungen bis zu Ermordungen. Wichtig ist, daß neue Genossen die Aufgaben übernehmen können. Der beste Schutz **vor Vertiefung und Illegalität ist die tiefe Verankerung der Partei in den Massen.**

Doch machen wir uns nichts vor. Sicher wird die Partei vor dem Entstehen einer revolutionären Situation verboten werden und sie muß zu jeder Stunde auf ein Verbot vorbereitet sein. Keinesfalls wird heute, angesichts der weltweiten Krise des Kapitals, unsere revolutionäre Partei eine Massenpartei mit 360.000 eingeschriebenen Mitgliedern wie die KPD vor 1933 werden. Doch nicht die Zahl der Mitglieder ist entscheidend über die Qualität einer revolutionären Partei, entscheidend ist ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie und daß sie durch tausende Fäden aufs engste mit ihrer Klasse und den werktätigen Massen verbunden ist.

Schöpfen wir Hoffnung und Mut aus den Worten Lenins: „Es ist möglich, daß auch eine kleine Partei ... wenn sie den Gang der politischen Entwicklung gut studiert hat und das Leben und die Gewohnheiten der parteilosen Massen kennt, in einem günstigen Augenblick eine revolutionäre Bewegung hervorrufen wird. Wenn eine solche Partei in einem solchen Augenblick mit ihren Losungen auftritt und es erreicht, daß Millionen Arbeiter ihr folgen, dann ist das eine Massenbewegung. Ich bestreite nicht unbedingt, daß die Revolution auch mit einer ziemlich kleinen Partei begonnen und zum siegreichen Ende geführt werden kann. Man muß aber wissen, mit welchen Methoden man die Massen für sich zu gewinnen hat. Dazu muß man die Revolution gründlich vorbereiten ... Ohne gründliche Vorbereitung werden sie in keinem Land den Sieg erringen. Eine ganz kleine Partei kann genügen, um die Massen zu führen. In gewissen Zeiten braucht man keine großen Organisationen."

Der ROTE MORGEN beschlagnahmt!

DOCH DIE WAHRHEIT LÄSST SICH NICHT UNTERDRÜCKEN!

"WENN ICH STERBE, DANN SAGT IHNEN DIE WAHRHEIT: DIE POLIZEI HAT MICH ERSCHLAGEN!" "TRAUERZUG ZU EHREN DES GENOSSEN ROUTHIER VON POLIZEIKNÜPPELN ZERSCHLAGEN!" "DIE POLIZEI HAT IHN ERSCHLAGEN! IHR TERROR MACHT VOR DEM GRAB NICHT HALT!" "HETZLÜGEN UND TERROR KÖNNEN DIE WAHRHEIT NICHT UNTERDRÜCKEN: ES IST DIE POLIZEI, DIE MORDET!"

Das sind die Schlagzeilen von drei Ausgaben sowie eines Extrablattes des ROTEN MORGEN, die von der Bourgeoisie **beschlagnahmt** worden sind. In 15 bis 20 Städten fiel die Polizei brutal über die Genossen her, die den ROTEN MORGEN wie immer an den Werkstoren und an den Straßenständen verkauften, noch bevor die Genossen überhaupt wußten, daß der ROTE MORGEN, den sie verkauften, beschlagnahmt war. Ein hinterhältiger Angriff auf das Zentralorgan der KPD/ML, den ROTEN MORGEN.

Von Kiel bis München: Wo Flugblattverteiler, RM-Verkäufer, Agit-Prop-Trupps der Partei auftauchen, werden sie von der Polizei überfallen, festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt, häufig zusammengeschlagen. In Bielefeld wird ein Genosse der Liga gegen den Imperialismus so schwer geschlagen, daß ihm ein Trommelfell platzt. Anschließend wird ihm mitgeteilt, er sei irrtümlich festgenommen worden. Nicht nur das Zentralorgan unserer Partei, ROTER MORGEN, wird beschlagnahmt, die Polizei versucht die Verteilung jedes Flugblatts, jeder Broschüre, jedes Plakates zu verhindern.

Büros der Partei in Hamburg, München und Westberlin, politische Buchhandlungen in Hannover und Kiel werden überfallen. Autos von Genossen werden ohne jeden besonderen Anlaß angehalten und durchsucht. An zig Straßenecken in Einkaufszentren und vor den Betrieben sammeln sich Leute um die Genossen der Partei. Die Polizei treibt die spontanen Ansammlungen vielerorts auseinander. Sie trifft auf die Empörung von Menschen, die es zum Teil nicht glauben konnten, daß die Polizei in Duisburg einen Arbeiter, unseren Genossen Günter Routhier erschlagen, den Trauerzug mit brutaler Gewalt überfallen haben soll, und die sich jetzt selbst dem Terror der Schlägerbanden des Kapitals ausgesetzt sehen.

Für jeden, der diesen Terror der Polizei erlebt, wird es zur Gewißheit: Die Kommunisten sagen die Wahrheit. Ein Arbeiter wurde von der Polizei erschlagen, weil er mit seiner Partei, der KPD/ML, im Duisburger Arbeitsgericht für das Recht seiner Klasse kämpfte.

In einer Stellungnahme des Dortmunder Staatsanwaltes zur Ausgabe Nr. 26/1974 des ROTEN MORGEN heißt es: In dieser Ausgabe wird der Duisburger Polizei ein "brutaler Polizeieinsatz", "faschistischer Terror", "Gestapomethoden" und vor allem

"Mord" an dem Mitglied der KPD/ML, Günter Routhier, vorgeworfen. Diese Vorwürfe enthalten die Tatbestände der Beleidigung, üblen Nachrede und Verleumdung nach §...

Beleidigung? Kann man diese Polizei überhaupt beleidigen? Diese Polizei, die hinterhältig den Genossen Routhier erschlagen hat, die sich nicht scheut, über einen Trauerzug herzufallen, Kränze zu zertrampeln, Trauergäste gleich welchen Alters niederzuknüppeln. Beleidigt man einen Faschisten, wenn man ihn Faschisten, beleidigt man einen Mörder, wenn man ihn Mörder nennt?

Üble Nachrede? Verleumdung? Sollen sie doch die Duisburger Bevölkerung fragen, die aus dem Arbeitsgericht die Schreie hörte, als auf den Genossen Günter Routhier und andere eingeschlagen wurde, die miterlebt hat, wie bei dem Trauerzug die Knüppel auf alles niederprasselten, was sich ihnen bot. Und sie werden die Antwort bekommen, die tausendfach in ganz Westdeutschland zu hören war, wenn die Menschen sahen, wie die Polizei mit brutalen Einsätzen versuchte, die Wahrheit über den Mord an dem Genossen Günter Routhier zu unterdrücken: "Das ist ja wie 33!" "Die sind genau wie die SS!"

Daß diese Antwort tausendfach in ganz Westdeutschland ertönte, daran hat der ROTE MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML, allerdings großen Anteil. Die bürgerlichen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen errichteten eine Mauer des Schweigens, der ROTE MORGEN aber rief die letzten Worte des Genossen Günter Routhier hinaus: "Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!" Und die Massen hörten, lasen das und waren empört. Bereits nach wenigen Tagen war die Auflage vergriffen. Der ROTE MORGEN hatte eingeschlagen, die Mauer des Schweigens durchbrochen und mobilisierte zum Kampf gegen den Mord an Genossen Günter, zum Kampf gegen die Faschisierung, gegen die Diktatur der Bourgeoisie.

Die Bourgeoisie mußte erkennen, wie trotz ihrer Schweigemauer, trotz ihrer Lügen und Verdrehungen die Massen sich empörten. Und sie erkannte die Gefahr, die für sie von der mobilisierenden Wirkung des ROTEN MORGEN ausging. Deshalb richtete sie ihren Angriff gegen das Zentralorgan der Partei, versuchte sie, durch ihr Verbreitungsverbot den ROTEN MORGEN zu illegalisieren.

Um die Genossen, die den ROTEN MORGEN verkaufen, ohne Vorwarnung überfallen zu können, wurde der verantwortliche Chefredakteur des ROTEN MORGEN z.B. erst am 6.7.1974 offiziell darüber informiert, daß die Auflage des ROTEN MORGEN Nr. 26 durch Beschlüsse des Amtgerichts München und Bielefeld beschlagnahmt ist. Aber bereits seit dem 29.6.1974 wurden die ROTE MORGEN Verkäufer in vielen Städten von Polizeitrupps überfallen, verprügelt, zusammengeschlagen, oft auch verhaftet, weil sie "beschlagnahmte Ausgaben" verkaufen würden.

Für den Polizeiterror, der in vielen Städten gegen die Genossen, die den ROTEN MORGEN verkauften, ausgeübt wurde, steht das folgende Beispiel aus Oberhausen:

Zu Beginn der Nachtschicht steht Genosse Winfried vor dem Tor von Thyssen-Niederrhein-Ober-

hausen und verteilt die Extrablätter des ROTEN MORGEN zur Beerdigung des Genossen Günter Routhier. Zwei Polizisten im VW-Bus fahren vor, springen heraus und gehen auf den Genossen los, ohne zu sagen, was sie eigentlich wollen. Sie schlagen ihm immer wieder auf den Kopf, werfen ihn zu Boden, brechen ihm einen Finger und würgen ihn, damit er nicht mehr um Hilfe rufen kann.

Eine Menge Leute sehen hinter einer heruntergelassenen Bahnschranke zwar, was da vor sich geht, aber keiner kann ihm zu Hilfe kommen.

Die Polizisten werfen ihn schließlich in den Wagen, der eine setzt sich auf Winfrieds Kopf, der andere fordert per Sprechfunk Verstärkung an und fährt los. Unterwegs steigen zwei Mann Verstärkung hinzu, die sofort auf den Genossen einprügeln, wiederum vor allem auf den Kopf.

Ins Präsidium geschleppt, wurde er beschimpft als "dummes Schwein", als "Mörder". Erst hier erfuhr er, daß die Extrablätter beschlagnahmt werden sollten, erst hier wurde er nach seinen Personalien gefragt. Ein Polizeiarzt, der kam, kümmerte sich nicht etwa um den verletzten Genossen, sondern behandelte die kleinen Kratzer der Polizisten. Obwohl der Genosse dem Arzt sagte, daß er eine Gehirnerschütterung habe, daß er sich erbrechen müsse, sah er sogar noch zu, wie der Genosse, der seinen Kopf vor Schmerzen und Erschöpfung auf die Holztheke gelegt hatte, von den Polizisten an den Haaren hochgezogen wurde, sah er ungerührt zu, wie Genosse Winfried sich erbrechen mußte und gezwungen wurde, das Erbrochene selbst zu beseitigen. Schließlich warfen sie Winfried einfach aus dem Präsidium hinaus.

Seither liegt Genosse Winfried im Krankenhaus mit schwerer Gehirnerschütterung, Platzwunden am Kopf, mit geschwollener Nase und blauen Flecken.

Aber was wird die Bourgeoisie mit ihrem Vorgehen erreichen? Die Genossen werden nicht zurückweichen, sondern noch haßgeladener und entschlossener ihren Kampf vorantreiben. Und das gilt auch für die breiten Massen der Arbeiterklasse und für alle anderen Werktätigen.

Als in Hamburg vor dem Barmbecker U-Bahnhof Polizei gegen die ROTEN MORGEN Verkäufer vorging, bildete sich ein großer Menschenauflauf. Ein älterer Mann ging auf den Polizeiwagen zu: "Ihr könnt den Sozialismus auch nicht aufhalten!" Einer rief: "Schöne Demokratie, Polizeistaat!" Mit einem Mal herrschte breite Solidarität der Passanten mit den Genossen. Die Polizisten bekamen solche Angst, daß sie sich in ihrem Wagen einschlossen. Bei dieser Aktion wurden zwei neue Sympathisanten gewonnen.

Das ist die Reaktion der Werktätigen auf den Kampf unserer Partei und den Terror der Polizei. Eine Reaktion, die immer breiter und tiefer in der Arbeiterklasse Fuß fassen wird.

Drei Ausgaben des ROTEN MORGEN, das Extrablatt, zwei Flugblätter, zwei Plakate, die Dokumentationsbroschüre sowie Klebezettel der Partei zur Ermordung von Günter Routhier wurden bisher bereits beschlagnahmt. Auch bei der Gruppe Rote Fahne wurden Exemplare ihrer Zeitung "Rote Fahne", sowie Exemplare einer Studentenzeitung beschlagnahmt, weil diese Organisation ebenfalls über die Ermordung des Genossen Günter Routhier berichtet

hatte Nicht anders bei der Zeitung "Kommunistische Volkszeitung" des "K"BW

Die Bourgeoisie ist dabei, ihre Vorbereitungen zu treffen: Der Verkauf der Ausgaben 25 bis 30 wird bereits wegen des Verbreitungsverbots mit einer Geld- oder Haftstrafe bis zu einem Jahr bestraft, und es werden gewiß nicht die letzten Nummern sein, die verboten werden.

Auch die Partei wird ihre Maßnahmen ergreifen. Und sie wird dabei immer mehr die Unterstützung der Massen gewinnen. Strengen wir noch mehr unsere Kräfte an, um den Angriff auf unser Zentralorgan, auf den ROTEN MORGEN, zurückzuschlagen, um die Wahrheit über den Mord an dem Genossen Günter Routhier, über Terror und Faschisierung der Bourgeoisie noch mehr zu verbreiten, noch mehr Menschen zu mobilisieren für die Sache des Proletariats, für die unser Genosse Günter gefallen ist:
DEN STURZ DER AUSBEUTERHERRSCHAFT UND DIE ERRICHTUNG DER HERRSCHAFT DER ARBEITERKLASSE.

Aber das Ziel der bürgerlichen Klassenjustiz beschränkte sich hier keineswegs auf den vergeblichen Versuch, kurzfristig die Agitation und Propaganda der Partei lahmzulegen. Eine ganze Serie von Ermittlungsverfahren, von denen die wegen Beleidigung und Verleumdung der Polizei noch die harmlosen sind, meist wird der berüchtigte § 90a "böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung" herangezogen, soll die revolutionäre Propaganda verbieten. So wie gegen die verantwortlichen Redakteure und und den Verleger des ROTEN MORGEN wurden ähnliche Strafverfahren gegen Verantwortliche von Flugblättern und Betriebszeitungen, ja sogar gegen die Verteiler eingeleitet. Auch gegen die presserechtlich Verantwortlichen anderer Organisationen z. B. der ROTEN HILFE, die sich in die breite Front zur Anprangerung dieses jüngsten Polizeimordes eingereiht hatten, laufen entsprechende Verfahren

Es ist bereits jetzt klar erkennbar, die Bourgeoisie will hier einen weiteren Großangriff gegen die revolutionäre Agitation und Propaganda starten. Sie will durch die Klassenjustiz, durch Terrorurteile eine abschreckende Wirkung auf die revolutionäre Bewegung ausüben Aber die Partei und die angeklagten Genossen werden sich auf die Prozeße gut vorbereiten. Sie werden nicht um Milde und nicht um Gerechtigkeit bei dieser kapitalistischen Klassenjustiz betteln. So wie die KPD/ML bisher in allen Prozessen den Spieß umdrehte, die herrschende Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat zu Angeklagten machte, so wird sie es auch bei der jetzt anlaufenden Prozeßwelle machen. Sie wird die Prozesse zum Anlaß nehmen, weiter die Wahrheit über die brutale Ermordung unseres Genossen Routhier und den faschistischen Überfall auf den Trauerzug zu verbreiten. Sie wird die Versuche der Klassenjustiz, mit Lügen und Terror die Wahrheit zu unterdrücken, schonungslos vor der Arbeiterklasse aufdecken. Und die Partei wird auch in diesen Prozessen die ganze Niederträchtigkeit des westdeutschen Imperialismus und seines Staatsapparates aufdecken und die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes dieses längst überfälligen Aus-

beutersystems propagieren. Diese Prozesse werden auch dazu führen, daß noch mehr fortschrittliche Arbeiter und andere Werktätige das Wesen dieser Justiz voll erkennen, daß sie noch vorhandene Illusionen über die angebliche Neutralität dieser Justiz verlieren.

Diesem Ziel, der bürgerlichen Klassenjustiz ihre Maske herunterzureißen, klarzumachen, daß sie in Wirklichkeit ein Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihres Unterdrückungssystems ist, dienen auch hauptsächlich die Gegenermittlungen und Anzeigen, die gegen die Verbrechen der Polizei gestellt wurden. So hat Frau Rotraud Routhier, die Witwe des ermordeten Genossen Günter Anzeige wegen Mord gegen die Duisburger Polizei gestellt. So haben einige Genossen, die während des faschistischen Überfalls auf den Trauerzug zusammengeschlagen oder festgenommen wurden, die Polizei wegen Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung und Körperverletzung angezeigt. Diese Anzeigen wurden nicht gestellt, in der Hoffnung, daß die bürgerliche Klassenjustiz hier plötzlich Recht spricht. Mehr als deutlich hat sich gezeigt, daß sie nicht gegen die Mörder von Genossen Routhier vorgeht, sondern gegen alle, die diesen Mord der Bourgeoisie anprangern. An der Behandlung dieser Anzeigen, den Gründen für ihre Zurückweisung usw. soll gezeigt werden, in welche Lügen und Widersprüche sich die Klassenjustiz verwickelt, um die Mörder und die Verantwortlichen im Staatsapparat weiter zu schützen.

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

11 Gs 1903/74



AMTSGERICHT DUISBURG

BESCHLUSS

in dem Ermittlungsverfahren

gegen den Arbeiter

wegen Verdachts des Vergehens gegen das Waffengesetz pp.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Duisburg wird nach Widerspruch des Beschuldigten gem. den §§ 94, 98 StPO, 13 Landespressegesetz die Beschlagnahme folgender Sachen angeordnet, die am 24. Juni 1974 in Duisburg in dem Personenwagen "Renault R4" des Beschuldigten mit dem amtlichen Kennzeichen von der Polizei sichergestellte wurden:

1. 1 Eisenrohr, 47 cm lang, 20 mm Durchmesser,
2. 1 Kupferkabel, 40 cm lang, 15 mm Durchmesser,
3. 1 Kartoffelschälmesser, 16 cm lang,
4. 1 Schraubenzieher, 30 cm lang, sowie
5. 5 Plakate mit der Überschrift: "Genosse Routhier ist tot! Die Polizei hat ihn erschlagen!"

G r ü n d e :

Die Beschlagnahme der vorgenannten Sachen war anzuordnen, weil sie der Einziehung unterliegen.

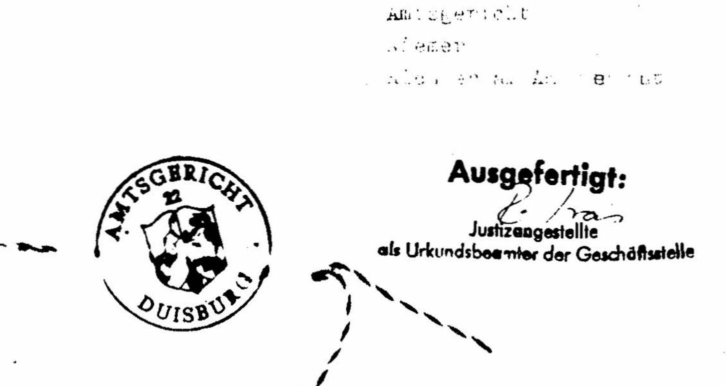
b. w.

Die oben zu 1) bis 4) genannten Gegenstände sind Hieb- und Stoßwaffen im Sinne von § 1 Abs. 7 Waffengesetz. Der Beschuldigte, der nach den polizeilichen Erkenntnissen aktives Mitglied der KPD/ML ist und am 24. Juni 1974 in Duisburg an einer verbotenen öffentlichen Demonstration dieser Vereinigung mit rund 1200 Personen teilnahm, in deren Verlauf es auch zu Tätlichkeiten mit der Polizei kam, hatte diese Waffen geführt, indem er außerhalb seiner Wohnung die tatsächliche Gewalt über sie durch Aufbewahrung in seinem auf der Mercatorstraße geparkten Wagen ausübte (§ 4 Abs. 4 WaffG). Entgegen § 39 Abs. 1 Waffengesetz hat er diese Waffen an einer öffentlichen Veranstaltung, an der er teilgenommen hat, geführt, Dies ergibt sich daraus, daß er die Waffen jederzeit griffbereit in der Nähe seines Aufenthaltes während der Demonstration auf der Königstraße, wo er von der Polizei nach § 25 PG vorläufig g festgenommen wurde, in seinem Fahrzeug liegen hatte und daß insbesondere das Eisenrohr und das Kupferkabel als sogenannte "Totschläger" benutzt werden konnten. Mithin besteht der hinreichende Verdacht gegen den Beschuldigten, daß er sich nach § 53 Abs. 3 Nr. 5 Waffengesetz strafbar bgemacht hat, wonach mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer entgegen § 39 Abs. 1WaffG bei öffentlichen Veranstaltungen eine Schuß-, Hieb- oder Stoßwaffe führt, wobei dann die Waffen gem. § 56 Waffengesetz der Einziehung und damit der Beschlagnahme unterliegen.

Die 5 Plakate mit der Überschrift "Genosse Routhier ist tot! Die Polizei hat ihn erschlagen!" begründen nach ihrem Inhalt den hinreichenden Verdacht einer Beleidigung nach den §§ 185ff StGB, weil darin wahrheitswidrig die Duisburger Polizei des Mordes an Günter Routhier von der KPD/ML und der Roten Garde (Jugendorganisation K der KPD/ML) bezichtigt wird, weswegen der Polizeipräsidente Duisburg noch Strafantrag stellen wird oder bereits schon Strafantrag gestellt hat. Infolgedessen unterliegen diese Plakate gem. den §§ 40 ff StGB ebenfalls der Einziehung und damit der Beschlagnahme.

Gegen diesen Beschluß ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

Duisburg, den [illegible] Juli 1974
Amtsgericht
[illegible]
[illegible]



Amtsgericht

Geschäfts-Nr.: 96 Cs 190/74
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Ort und Tag
Dortmund, den 19. Juli 1974

Anschrift: Gerichtsstr. 22 | Fernruf: 5405-278

Pressestrafsache!

Herrn

Dipl.-Volkswirt
Gernot S c h u b e r t

- geb. am 6.11.1940 in Berlin -

463 Bochum-Langendreer
Stockumer Strasse 5

Strafbefehl

Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie,
in Dortmund und anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland
im Juni 1974

gemeinschaftlich handelnd

durch Verbreiten von Schriften andere beleidigt zu haben.

Sie sind der presserechtlich verantwortliche Verleger und Redakteur des bundesweit verbreiteten Zentralorgans der KPD/Marxisten-Leninisten "Roter Morgen" vom 22. Juni 1974, deren Schlagzeile folgendermassen lautet: "Wenn ich sterbe, sagt Ihnen die Wahrheit: die Polizei hat mich erschlagen!". In dieser Ausgabe heisst es ferner u.a. wörtlich wie folgt:

"Innerhalb von wenigen Wochen sind bei Polizeieinsätzen drei Mordanschläge verübt worden. Der Schüler Thomas Hytrek in Frankfurt, der Taxifahrer Günter Jendrian in München und nun Günter Routhier in Duisburg."

~~sowie und Übertretung nach §§~~ +) s. Anlage

Als Beweismittel hat sie bezeichnet:

~~Ihre Angaben.~~
~~Zeugen~~

Urkunde: "Roter Morgen" Nr. 25 vom 22. Juni 1974

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen Sie eine **Geldstrafe von** 800,-- **Deutsche Mark**

und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, für je 25,-- DM ein Tag Freiheitsstrafe **festgesetzt.**

Dem Polizeipräsidenten in Duisburg wird die Befugnis zugesprochen, innerhalb eines Monats nach Rechtskraft die Verurteilung auf Ihre Kosten in der "Neuen Rheinzeitung" bekanntzugeben.
Die Auflage des "Roten Morgen" Nr. 25 vom 22. Juni 1974 wird eingezogen.
Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Ihre eigenen Auslagen haben Sie selbst zu tragen.

Bitte wenden!

+ Anlage zum Strafbefehl Schubert:

Ausserdem werden der Polizei, die auf richterliche Anordnung Störer aus einem Saal des Arbeitsgerichtes Duisburg entfernen musste, "Polizeiterror" und "Gestapo-Methoden" vorgeworfen, uniformierte Beamte werden als "Bullen" bezeichnet.
Die zitierten Formalbeleidigungen zum Nachteil u.a. der Polizei in Duisburg übersteigen jedes vertretbare Mass, selbst wenn man davon ausgeht, dass der am 18.6.1974 eingetretene Tod des Günter Routhier auf die polizeiliche Räumung eines Sitzungssaals in Duisburg am 5.6.1974 zurückzuführen ist.

- Vergehen gemäss §§ 185, 200, 40, 47 StGB -.

Der Polizeipräsident in Duisburg hat am 4. Juli 1974 Strafantrag gestellt (§ 196 StGB).

11 Gs 1720/74



AMTSGERICHT DUISBURG

BESCHLUSS

Die Zeitung " Roter Morgen " Ausgabe Nr. 25 vom 22. Juni 1974 - 8. Kahrgang - wird beschlagnahmt.

G r ü n d e :

Auf Antrag des Polizeipräsidenten Duisburg ist die vorstehende Anordnung gemäß § 13 des Landespressegesetzes NW vom 24. 5. 1966 zu treffen. Danach können Beschlagnahmeanordnungen erfolgen, wenn dringende Gründe für die Annahme vorliegen, daß das Druckwerk eingezogen wird. Im vorliegende Fall enthält die Zeitung in mehreren A tikeln die Behauptung, daß Herr Günter Routhier in Duisburg von Polizeibeamten erschlagen worden sei. Das steht im Widerspru ch zu dem gerichtsbekannten Obduktionsbefund. Die Einziehung des Druckwerks ist deshalb zu wrwarten.

Duisburg, den 22. Juni 1974
Das Amtsgericht

gez. Rosenmüller
(Rosenmüller)
Richter am Amtsgericht



Ausgefertigt:

Justizobersekretär
alS Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle des Amtsgerichts

Gemäss § 16 des Pressegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 24. Mai 1966 ist während der Dauer der Beschlagnahme der im Beschluss des Amtsgerichts Duisburg näher bezeichneten Zeitung die Verbreitung dieses Druckwerkes oder der Wiederabdruck des die Beschlagnahme veranlassenden Teils dieses Druckwerks verboten. Zuwiderhandlungen werden gemäss § 22 des gleichen Gesetzes mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Genosse Schubert, Verleger des Roten Morgen:

'Was im Roten Morgen steht, sind Tatsachen, die Paragraphen nicht aus der Welt schaffen können.'

An den Staatsanwalt Greiser (Dortmund) und die Richter Weiß (Dortmund), Rosenmüller (Duisburg) u. a.

Als Verleger der Wochenzeitschrift ROTER MORGEN, Zentralorgan der KPD/ML, sind mir die Beschlagnahmeurteile für die Nr. 25, 26 und das Extrablatt „Die Polizei hat ihn erschlagen – ihr Terror macht vor dem Grab nicht halt" zugegangen. Obwohl laufend auch der ROTE MORGEN Nr. 27 und andere beschlagnahmt oder „sichergestellt" werden, sind mir dazu keine Urteile zugegangen. Begleitet wurden die Beschlagnahmeurteile mit der Androhung einer Strafe bis zu 10 000 DM oder einem Jahr Gefängnis „bei Zuwiderhandlung", sowie einer ganzen Serie von Ermittlungsverfahren gegen die verantwortlichen Redakteure und mich. Der erste Strafbefehl über 800 DM und Einziehung der Auflage des ROTEN MORGEN Nr. 25 ist bereits eingegangen. Zu den Beschuldigungen gegen mich nehme ich hiermit öffentlich Stellung, wobei ich mich auf den Kern der Vorwürfe beschränke:

Sie werfen mir vor, daß im ROTEN MORGEN die Duisburger Polizei eines Mordanschlags beschuldigt wird und von Polizeiterror und Gestapomethoden die Rede ist. **Aber alles, was im ROTEN MORGEN steht, sind Tatsachen, die sie mit all ihren Paragraphen nicht aus der Welt schaffen können.** Wenn Polizisten auf Anordnung des Richters die Zuschauer im Arbeitsgericht brutal überfallen und zusammenschlagen und dabei den Genossen Günter Routhier, obwohl immer wieder auf seine Blutkrankheit, bei der jede Verletzung zum Tode führen kann, hingewiesen wird, auf das Hinterhältigste mißhandeln (in die Stuhlreihen werfen, die Treppe hinunterstürzen, als er bereits bewußtlos ist, seinen Kopf auf den Boden des Fahrzeugs und anschließend auf die Stufen des Polizeipräsidiums aufprallen lassen), dann ist das Polizeiterror. Dann ist es vollkommen richtig zu sagen: **„Das ist der Geist von Ausschwitz und Maidanek. Das sind Gestapomethoden, gerichtet auf die physische Vernichtung des Gegners, der fortschrittlichen, der kommunistischen Arbeiter!"**

Verleumdung, böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik usw. leiten Sie auch aus der Berichterstattung über den Trauerzug zu Ehren des von der Polizei ermordeten Genossen Routhier ab. Tatsache aber ist, daß aus ganz NRW zusammengezogene Polizeitruppen, mit Gummiknüppeln, Pistolen, Helmen und Schildern ausgerüstet und mit Wasserwerfern, Maschinenpistolen, ja sogar den berüchtigten MEKs (im Volksmund: Mordeinsatzkommandos) in Reserve, den Trauerzug brutal überfallen haben. Entgegen allen Lügen der Polizei war dieser Trauerzug nicht verboten. Frau Routhier, die ihn anmeldete, ging niemals ein Verbot zu. Da hierbei die Trauergäste zusammengeschlagen und niedergetrampelt, Kranzträger verhaftet, Kränze, Blumen und Kranzschärpen zerfetzt wurden und nach der Beerdigung eine Menschenjagd auf alle, die Trauerkleidung trugen, veranstaltet wurde – ich habe dies alles miterlebt – ist die Bezeichnung „Schlägerbanden des Kapitals" und „faschistischer Terror" auch hier völlig gerechtfertigt.

Ich kann Ihnen versichern, daß die von Ihnen im ROTEN MORGEN mit Strafandrohung belegten „Verleumdungen" nicht nur die Auffassung der KPD/ML und der überfallenen Trauergäste wiedergeben, sondern daß die meisten Zuschauer, vor allem Bewohner der umliegenden Häuser, die gleiche Meinung äußerten. Viele fügten noch hinzu, daß sie nach diesem Polizeiüberfall keinen Zweifel mehr haben, daß Günter Routhier tatsächlich von der Polizei erschlagen wurde.

Sicher, der Polizeipräsident von Duisburg hat diesen Terror stolz „wehrhafte Demokratie" genannt. Damit hat er unbeabsichtigt vielen, die diesen Terror miterlebt haben, auch klargemacht, was von dieser „Demokratie" in der deutschen Bundesrepublik zu halten ist: sie ist gegen das Volk gerichtet und wird mit Waffengewalt aufrechterhalten.

Viele, die sich noch Illusionen über diesen Staat machten, haben nach diesem Polizeiterror erkannt, daß die Polizei tatsächlich eine Schlägerbande und Bürgerkriegstruppe des Kapitals ist, wie es die KPD/ML schon immer nachgewiesen hat. Wenn Sie dies nicht glauben, versuchen Sie mal, der werktätigen Bevölkerung von Duisburg-Wanheimerort, die den Polizeiterror miterlebt hat, klarzumachen, daß es sich hierbei um notwendige Maßnahmen im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes handelte, Sie werden Ihr blaues Wunder erleben!

In der Berichterstattung des ROTEN MORGEN wird von Ihnen stets als besonders "verunglimpfend" gewertet, daß die Mörder des Genossen Routhier auch als Mörder bezeichnet werden.

Im Duisburger Beschlagnahmeurteil heißt es dazu:

„Das steht im Widerspruch zu dem gerichtsbekannten Obduktionsbefund." Dieser „gerichtsbekannte Obduktionsbefund" ist mir nicht bekannt und nicht einmal Frau Routhier, der Witwe des Ermordeten, wurde dieses Ergebnis mitgeteilt. **Ich weiß allerdings, unter welchen Umständen es zustandekam.** Frau Dr. Gedeon wurde die Teilnahme an der Obduktion verweigert mit der aufschlußreichen Begründung, daß sie als Ärztin des Vertrauens von Frau Routhier nicht neutral sei. Vertreter der Duisburger Polizei dagegen, verantwortlich für die Erschlagung von Genossen Routhier, wurden im Hinblick auf das gewünschte Obduktionsergebnis als „neutral" eingeschätzt. Sie konnten ungehindert im gerichtsmedizinischen Institut ein- und ausgehen.

Weiter durften Studenten **erstmals**, wie es in einer Erklärung des AStA heißt, nicht an einer Obduktion teilnehmen. **Sie wissen, daß von den mit Polizeigewalt vertriebenen Studenten offen der Verdacht geäußert wurde, daß hier ein Arbeitermord vertuscht werden soll.**

Aber einmal ganz abgesehen von der Art dieser Obduktion, selbst wenn tatsächlich kein Nachweis mehr für äußere Gewaltanwendung zu finden gewesen ist, so ist dies überhaupt kein Beweis dafür, daß Genosse Routhier nicht ermordet wurde. Denn er wurde nicht von der Polizei erschossen, wie viele andere. Er erlitt durch die Mißhandlungen der Polizei kaum äußerliche Verletzungen, die 14 Tage danach, zum Zeitpunkt der Obduktion, vielleicht wirklich nicht mehr erkennbar sind, sondern eine tödliche Gehirnblutung. Es gibt ausreichend Zeugen für die Mißhandlungen durch die Polizei, und der ganze Krankheitsverlauf – von der Ohnmacht nach den Polizeischlägen über die zunehmenden Bewußtseinsstörungen bis zu seinem Tod – sprechen eindeutig und ohne Zweifel dafür, daß die tödliche Gehirnblutung durch die Mißhandlungen durch die Polizei ausgelöst wurde. **Ihnen ist dies bestens bekannt, da Sie ja auch die Dokumentation, in der dies klar nachgewiesen ist, beschlagnahmen ließen.**

Wenn es in dem Duisburger Urteil trotzdem heißt „Dies widerspricht dem gerichtsbekannten Obduktionsbefund", dann gibt es dafür nur 2 mögliche Erklärungen: Entweder hat der zuständige Gerichtsobduzent seine Aufgabe, keinen Anhaltspunkt für äußere Gewaltanwendung zu finden, übererfüllt und wider besseres Wissen einen „natürlichen Tod" bescheinigt oder das Duisburger Gericht hat den Angaben des Obduktionsbefundes zu den nicht erkennbaren äußeren Gewalteinflüssen noch etwas nachgeholfen.

Sicher, ich zweifle nicht an der Möglichkeit, Gerichtsmediziner zu finden, die „wissenschaftlich nachweisen", daß die tödliche Gehirnblutung garantiert nicht durch Polizeischläge, sondern zur gleichen Zeit ganz spontan eintrat, weil ihm ein Staubkorn auf den Kopf fiel, Und ich zweifle auch nicht, daß man „nachweisen" kann, daß Genosse Routhier nicht an einer Gehirnblutung, sondern an einem spontanen Blutgerinsel gestorben ist, wie es die bürgerliche Presse, vermutlich gestützt auf Polizeiberichte schrieb. **Aber solche Beweise sind genauso glaubwürdig wie die Befunde von gewissen Medizinern, die während des Faschismus als Todesursache der von der GESTAPO ermordeten Kommunisten „Herzversagen" u. ä. in den Totenschein eintrugen.**

Die Behauptung, Genosse Routhier sei eines natürlichen Todes und dann noch an einem Blutgerinsel gestorben, obwohl er an einer schweren Blutgerinnungsstörung litt, die Entstehung eines Blutgerinsels also extrem unwahrscheinlich ist, zeigt, in welche Widersprüche sich die Mörder und alle, die seinen Mord vertuschen wollen, bereits verwickelt haben.

Offensichtlich ist dem Dortmunder Amtsgericht, das den Strafbefehl für den ROTEN MORGEN Nr. 25 ausstellte, auch aufgefallen, daß bei der Entlastungsarbeit für die Mörder hier übers Ziel hinausgeschossen wurde und der bloße Anschein einer „unabhängigen Justiz" nicht mehr gewahrt werden kann. Während sonst unsere Behauptung des Polizeimordes immer im Zentrum des Beschuldigungen stand, heißt es hier plötzlich: „Die zitierten Formalbeleidigungen übersteigen jedes vertretbare Maß, **selbst wenn man davon ausgeht, daß der am 18. 6. 1974 eingetretene Tod des Günter Routhier auf die polizeiliche Räumung eines Sitzungssaales in Duisburg am 5. 6. 1974 zurückzuführen ist."**

Damit wurde zugleich eine weitere Entlastungslüge der Duisburger Polizei, die fast von der gesamten bürgerlichen Presse übernommen wurde, zurückgenommen, weil sie zu plump war. Die Lüge, daß Günter Routhier angeblich bei einer Demonstration vor dem Arbeitsgericht festgenommen wurde. Dies sollte von dem Polizeiterror im Arbeitsgericht ablenken, bei dem Genosse Routhier erschlagen wurde.

Inzwischen hat Frau Routhier Strafanzeige wegen Mordes gegen die Duisburger Polizei gestellt, und von einigen Teilnehmern des Trauerzugs, die von der Polizei zusammengeschlagen oder festgenommen worden sind, wurden Anzeigen wegen Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung im Amt und Körperverletzung gestellt. Aber wir Kommunisten machen uns keinerlei Illusionen. Denn in einem Staat, in dem faschistische Massenmörder wie Borm freigesprochen werden und die Polizei in den letzten Jahren reihenweise Menschen erschießen konnte, ohne je dafür belangt zu werden, in einem Staat, in dem der ermordete kommunistische Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Fiete Schulze, mit Zustimmung des Bundesverfassungsgerichtes „Mörder" genannt werden kann, wäre es eine Illusion zu glauben, daß die Verantwortlichen für die Ermordung des Kommunisten Günter Routhier zur Rechenschaft gezogen werden. Stattdessen werden, wie es sich in den letzten Wochen nach der Ermordung von Günter Routhier bereits gezeigt hat, ein Riesenheer von Staatsanwälten, Richtern und Tausenden Polizisten in Bewegung gesetzt, um angeblich gegen „Beleidigungen und Verunglimpfungen der Polizei und des Staates", in Wirklichkeit aber gegen die vorzugehen, die die Wahrheit über die Ermordung des Genossen Günter Routhier verbreiten und die Verbrechen der herrschenden Kapitalistenklasse anprangern.

In einem der Ermittlungsverfahren haben Sie besonders den folgenden Satz als eine „böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung" hervorgehoben: **„Glühender, unversöhnlicher Haß gegen jene, die da oben in ihren Konzernbüros und Banken, in Parlament und Regierung sitzen. Die bereit sind, mit Terror und Mord ihre diktatorische Herrschaft über die Arbeiterklasse, über das Volk aufrechtzuerhalten."**
Es ist eine bewiesene Tatsache und keine Verächtlichmachung, daß die herrschende Kapitalistenklasse bereit ist, mit Terror und Mord ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, und Sie werden durch noch so viele Strafanzeigen nichts daran ändern können, daß wir dieser Klasse und ihrem Staat glühenden, unversöhnlichen Haß entgegenbringen.

Ich weiß, Sie können sich auf Gesetze, vor allem die reaktionären „Staatsschutzgesetze" berufen, die sich weitgehend auf die Staatsschutzgesetze des Hitlerfaschismus stützen und die unter Bruch des Potsdamer Abkommens zustande kamen, das im Rahmen der antifaschistische Maßnahmen solche Gesetze ausdrücklich verboten hat. Sie haben daher auch die Möglichkeit, alle zu verfolgen und einzukerkern, die den Charakter dieses Ausbeuterstaates entlarven und vor allem die richtige Schlußfolgerung daraus ziehen: die für den gewaltsamen Sturz dieser kapitalistischen Ausbeuterordnung und die wirkliche Demokratie der Werktätigen, die DIKTATUR DES PROLETARIATS kämpfen.

Durch alle ihre angedrohten Strafen aber werden Sie mich nicht einschüchtern können und Sie werden erst recht nicht die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten, deren Zentralorgan der ROTE MORGEN ist, in ihrer revolutionären Arbeit aufhalten können. Im Gegenteil! Trotz des Terrors dieses Kapitalistenstaates einschließlich seiner Justiz werden sich immer mehr in den Kampf für die sozialistische Revolution einreihen, und spätestens in einem sozialistischen Deutschland, wenn nicht mehr „im Namen des Volkes" gegen das Volk gerichtet wird, sondern das Volk seine alten Ausbeuter und Unterdrücker richtet, wird auch der Mord an Genossen Günter Routhier gesühnt und diejenigen, die mit Terror und Paragraphen die Wahrheit unterdrückt haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

gez. Gernot Schubert.



KPD/ML

-PRESSEMITTEILUNG-

Dortmund, den 18. Juli 1974

Am Mittwoch, den 17. Juli 1974, 9.10 Uhr morgens wurde dem 43-jährigen Wachleiter der Schutzpolizeiinspektion 6 in Nürnberg, Ortwin Reimisch, von einem Unbekannten mit seiner eigenen Pistole in die Schulter geschossen.

Nürnberg am Donnerstag, den 18. Juli 1974, morgens 2 Uhr: ein Genosse unserer Partei wird von einer Polizeistreife gestoppt, die Wagenpapiere werden kontrolliert, außerdem der Wageninhalt. Im Wagen befanden sich Flugblätter der KPD/ML mit dem Titel: "Die Polizei hat einen Polizisten erschlagen." Wegen dieser Flugblätter wurde der Genosse festgenommen und mit zur Wache genommen. Nachher ist gegen ihn wegen "Mordversuchs an einem Polizisten" ermittelt worden. Dem Genossen ist auf der Wache von Seiten der Polizei gesagt worden, daß am Mittwoch in Nürnberg ein Polizist angeschossen worden sei. Der Täter habe angeblich einen VW mit Münchner Kennzeichen gefahren, auf dessen Rücksitz KPD/ML-Flugblätter gefunden worden wären. Dieser Vorfall habe am Mittwoch morgen um 9 Uhr stattgefunden. Der Genosse hatte für Mittwoch 9 Uhr ein eindeutiges Alibi: Er ist Student und hatte zu der fraglichen Zeit Prüfungen an der Technischen Universität München. Der Genosse ist nach Abschluß der Befragung bis Donnerstag 11 Uhr festgehalten worden.

In der Bild-Zeitung, Ausgabe für Bayern, stand am Donnerstag: "Großfahndung in Bayern. Linker Anarchist schießt Polizisten nieder.... Im Auto des Schützen Propagandamaterial der vorbotenen KPD..."

In den Nürnberger Nachrichten, ebenfalls am Donnerstag, 18. Juli, stand unter anderem:"Ein mysteriöser Vorfall, dessen Hintergründe möglicherweise im politischen Bereich zu suchen sind, beschäftigt seit gestern Nürnbergs Polizei... Zugleich sollen bei einer kürzlich stattgefundenen Demonstration der KPD/ML Drohungen ausgestoßen worden sein, daß in den nächsten Tagen in Nürnberg einer umgelegt werde. In dem Fahrzeug, so der Verletzte, sollen rote Fahnen und Flugblätter mit dem Text "Wir rächen den Tod unseres Genossen Günter Routhier gelegen haben. Diese Mutmaßungen über Motiv und Hintergründe dieser Bluttat wurden von der Polizei nicht bestätigt und auch nicht dementiert."

Es ist klar, daß die KPD/ML nichts mit dem Schuß auf den Nürnberger Polizisten zu tun hat, genau so ist es bewußt und heimtückisch erlogen, daß bei einer Demonstration der KPD/ML Drohungen ausgestoßen worden seien, daß in den nächsten Tagen in Nürnberg einer umgelegt werde."

Es ist klar, warum "diese Mutmaßungen über Motiv und Hintergründe von der Polizei nicht bestätigt und auch nicht dementiert" wurden: Weil es offensichtlich ist, daß es sich hier um eine absolut heimtückische Lügenpropaganda handelt. Dementiert wurde diese Lügenpropaganda von der Polizei

deshalb nicht, weil der Anschein erweckt werden soll, daß die KPD/ML doch etwas mit dem Fall zu tun hat.

Klar ist es auch, warum solche Lügenmärchen im Stile der Nazipropaganda (wie etwa zum Reichstagsbrand) in die Welt gesetzt werden:
Wahr ist nämlich, daß die Polizei unseren Genossen Günter Routhier ermordet hat.
Wahr ist weiterhin, daß die Polizei in brutalster und faschistischer Weise gegen den Trauerzug für den Genossen Günter Routhier vorgegangen ist. Sie hat eine Falle gegen einen Trauerzug gestellt. Anschließend hat sie eine Lügen- und Hetzschau gegen die KPD/ML im Stile des Diebs, der ruft:"Haltet den Dieb!", bzw. der o.a. Nazipropaganda-Methoden abgezogen: Sie hat der Presse von ihr selbst vorpräparierte, zugespitzte Knüppel, normale Fahnenstangen der Partei (die von der Partei auch als solche benutzt worden sind und die als Fahnenzubehör von einer Fahnenherstellfirma geliefert worden sind) und Werkzeuge aus beschlagnahmten Autos, als die "Hieb- und Stichwaffen der KPD/ML" vorgeführt.

Wahr ist auch, daß die Polizei mit aller Gewalt sowohl die Verbreitung der Wahrheit über den Mord an unserem Genossen Günter Routhier, wie auch die Wahrheit über die "Hieb- und Stichwaffen"-Lügen zu verhindern sucht. Beschlagnahmungen von ROTEN MORGEN - Zentralorgan der KPD/ML -, von Flugblättern, Broschüren, Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Verhaftungen beweisen dies. Es beweist auch die Aussage der Polizei gegenüber dem Genossen in Nürnberg, als sie ihn anhielt und festnahm: Sie sagte zu dem Genossen, als sie die Flugblätter mit dem Titel "Die Polizei hat einen Kommunisten erschlagen" sah, sie hätte "Anweisungen, nach solchen Sachen Ausschau zu halten und dann zu beschlagnahmen." In diesem Flugblatt steht ausführlich die Wahrheit über die "Hieb- und Stichwaffen"-Lügen; es ist in einer Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin verteilt worden.

Wer fürchtet hier die Wahrheit? Wer scheut hier das Licht der Öffentlichkeit? Wer muß hier einen riesigen Aufwand und Terror veranstalten, um die Wahrheit zu unterdrücken? Die Partei hat sowohl die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter Routhier überall publik gemacht; sie hat die Wahrheit über die "Hieb- und Stichwaffen"-Lügen überall bekannt gemacht und genauso wird sie die Wahrheit über diesen Fall bekannt machen. Es ist so, wie es in einem Sprichwort heißt: "Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße."

Wir bitten Sie, die Wahrheit über diesen Fall zu verbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

KPD/Marxisten-Leninisten

Vermächtnis
unseres Genossen Günter Routhier

"Die Partei hat schon vor einem Jahr immer wieder gesagt: 'Die Imperialisten haben ihren Staatsapparat und sie werden ihn äußerst gewaltsam gegen die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Partei einsetzen, deshalb kann es nur einen Weg geben: Revolution, gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates.' Ich hatte bisher Illusionen in diesen Staat. Ich habe versucht, mit der Polizei zu diskutieren, ich habe gedacht, das sind auch Menschen. Heute sehe ich, daß die Partei recht hat. Wenn ich diese Verletzung überlebe, dann will ich noch besser mit der Partei kämpfen."